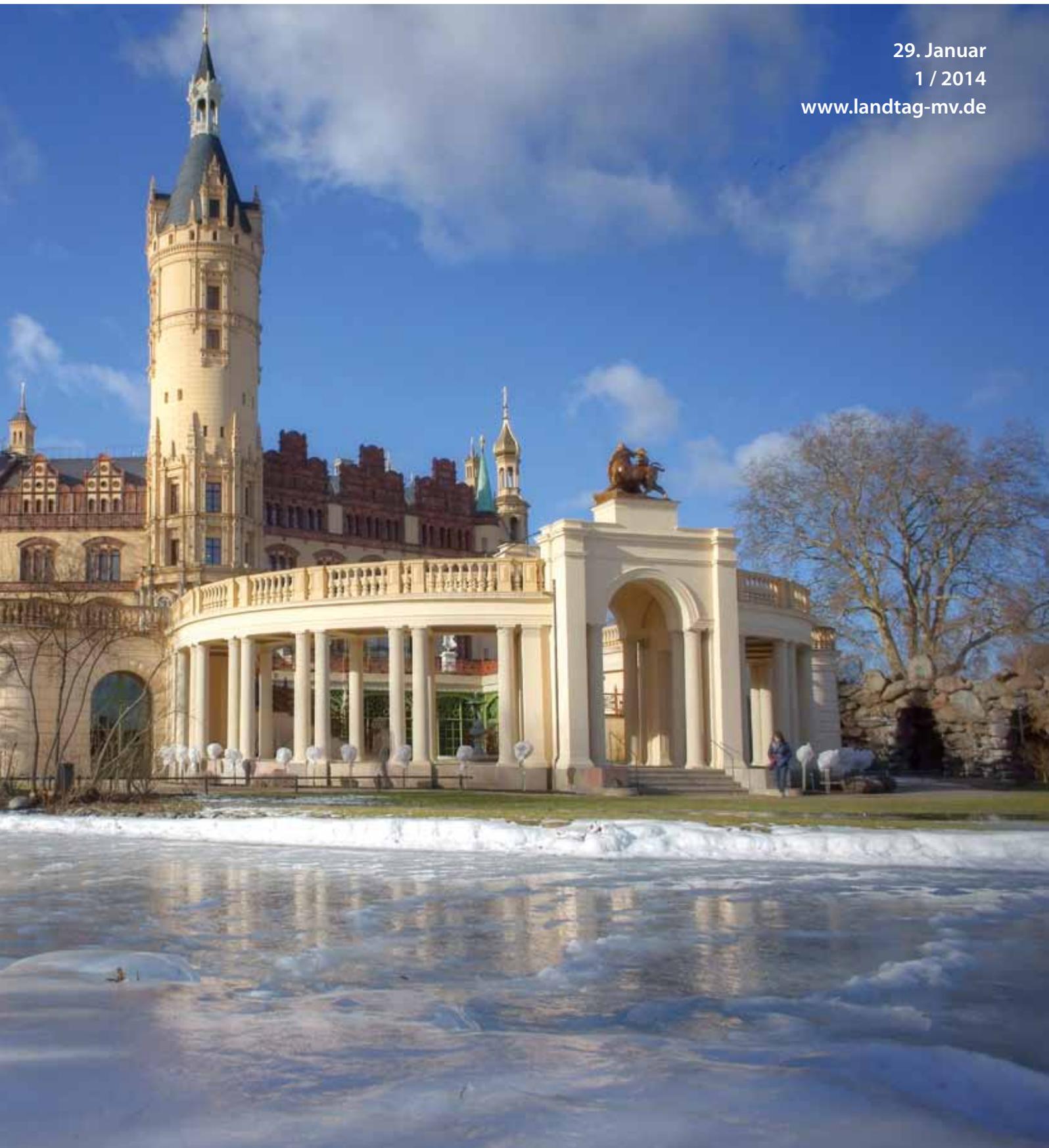


LANDTAGS NACHRICHTEN

29. Januar

1 / 2014

www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde zum Koalitionsvertrag in Berlin +++ Doppelhaushalt 2014/2015 beschlossen +++ Lehrerbildungsgesetz +++ Bildungs-Freistellungsgesetz +++ EU-Flüchtlingspolitik +++ Mandatsveränderungen im Landtag +++ Verteidigung der neuen Minister +++ Sternsinger-Empfang im Landtag +++



3	GASTKOLUMNE	Frank Pfaff (dpa) zum Landeshaushalt 2014/2015
4 – 24	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	AKTUELLE STUNDE	„Koalitionsvertrag in Berlin – Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern“
6 – 24	BERICHTE	
6 – 9		Generaldebatte und Beschlussfassung zum Doppelhaushalt 2014/2015
10 – 17		Positionen der Landtagsfraktionen zum Doppelhaushalt 2014/2015
18		Bildungs-Freistellungsgesetz
19		Lehrerbildungsgesetz
20		Europäische Flüchtlingspolitik
21		Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft
22 – 23	WEITERE BESCHLÜSSE	Finanzausgleichsgesetz M-V Bundesausbildungsförderungsgesetz Feiertagsgesetz Glücksspielstaatsvertrag Staatsvertrag Dataport Brandschutz-Ehrenzeichengesetz Bericht des Petitionsausschusses BBL-Sondervermögen Beschlüsse der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz
24	PERSONELLE VERÄNDERUNGEN	Mandatswechsel in der SPD-Fraktion Vereidigung der neuen Sozialministerin und des neuen Energieministers
25	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Agrarausschuss: Besichtigung von Viehhaltungsbetrieben in der Region Rostock
26 – 27	PANORAMA	„Kinder können helfen“ – Sternsinger-Empfang im Landtag
28	CHRONIK	

Titelfoto: Die Orangerie des Schweriner Schlosses im Winterschlaf (Uwe Sinnecker)

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Ja ist denn schon Weihnachten

Es gibt Menschen, denen fällt jedes Jahr erst kurz vor Weihnachten ein, dass ihre Lieben auch Geschenke erwarten. Ich bekenne, ich gehöre dazu. Dann rennt man los, erinnert sich an vermeintlich zufällige Bemerkungen, dass ein Ohring verlustig ging, der Röhrenfernseher in der Studentenbude muckt und das 24er-Mountainbike doch etwas klein geworden ist. Doch der Blick auf das Konto zeigt, dass (auch) in diesem Jahr nicht alle Wünsche erfüllbar sind. Schon meine Großmutter hat mir eingeschärft, nicht mehr Geld auszugeben, als ich habe. Und für alle Eventualitäten stets auch eine kleine Reserve zu haben.

Grundsätze, die ich verinnerlichte – und die auch in der abschließenden Haushaltsdebatte im Landtag kurz vor Weihnachten als Argumente fielen. Eingeworfen von den Koalitionsfraktionen und von der Regierung vornehmlich, um Forderungen der Opposition abzuwehren. Nach mehr Geld für Bildung, für Kultur oder für staatliche Beschäftigungsprogramme, auch dies meist gut begründet.

Bei einem flüchtigen Blick auf den Landesetat für die Jahre 2014/2015 könnte man meinen, Mecklenburg-Vorpommern hält Maß und sorgt vor. Das Land kommt – nun schon seit 2006 und anders als viele andere Bundesländer – ohne neue Schulden aus. Es hat Rücklagen, um sich für unvorhergesehene Ereignisse zu wappnen. Die Ablösung einer Kreditsumme von 271 Millionen Euro, die das Land für die insolventen P+S Werften verbürgt hatte, zeigt, wie schnell derlei Ereignisse eintreten und Löcher in das Landessäckel reißen können. Auch der Nachschlag für den unrentablen Flughafen Rostock-Laage schlägt sich zusätzlich auf der Soll-Seite nieder. Und möglicherweise halten SPD und CDU die Rücklagen mit 760 Millionen Euro auch deshalb so hoch, weil im Jahr der Kommunalwahl noch das ein oder andere Zugeständnis an Kreise, Städte und Gemeinden möglich sein soll. Die Not der Theater etwa ist wohlbekannt.

Wer jedoch genauer hinschaut, muss auch erkennen: Das Land kann als wirtschaftsschwächstes Bundesland nur gut die Hälfte seiner Ausgaben von jährlich etwa 7,3 Milliarden Euro durch eigene Steuereinnahmen decken. Auch dank Solidarpakt schießt „Papa“ Bund über eine Milliarde Euro zu, und fast eine halbe Milliarde Euro kommt von den reichen Schwester-Ländern im Süden der Bundesrepublik über den Länderfinanzausgleich in den Nordosten. Außerdem zeigt



Foto: privat

Frank Pfaff ist seit vielen Jahren für die Nachrichtenagentur dpa als landespolitischer Korrespondent und Leiter des Büros in Schwerin tätig.

sich die wohlmeinende Tante EU noch immer recht spendabel. Eine solche „Verwandtschaft“ hätte ich mir bei der Zusammenstellung meiner Weihnachtsgeschenke auch gewünscht.

„ Mecklenburg-Vorpommern ist gut beraten, die Ausgaben nicht ausufern zu lassen. “

Doch diese zusätzlichen Mittel werden in den kommenden Jahren spürbar abnehmen. Nach Jahren maximaler Fördersätze sinken die EU-Zuwendungen. Pro Jahr fließen außerdem etwa 80 Millionen Euro weniger aus dem Solidarpakt, der 2019 gänzlich ausläuft. Und die reichen Bundesländer dringen per Verfassungsklage auf Änderung des Finanzausgleichs. Nicht, um noch mehr zu zahlen. Mecklenburg-Vorpommern ist mithin gut beraten, sich darauf einzustellen und die Ausgaben nicht ausufern zu lassen. Schon jetzt drückt ein Schuldenberg von zehn Milliarden Euro, den das Land mit knapp 400 Millionen Euro an Zinsen pro Jahr teuer bezahlt. Angehäuft in 15 Jahren, um das Land voranzubringen. In aller Regel jedenfalls. Denn viel Geld floss auch in Vorhaben, von denen klar sein musste, dass sie nicht sinnvoll, nicht nötig waren. Millionenzuschüsse an windige Investoren. Schulsanierungen in kleinen Dörfern, in denen pro Jahr vielleicht noch drei Kinder geboren wurden. Protzige Verwaltungsgebäude, die die nächste Reform schon überflüssig machte. Neue Berufsschulen in jedem der Altkreise mit immensen Folgekosten.

Man soll, sagte meine Großmutter, nur so viel ausgeben, wie man hat. Und sich genau überlegen wofür. Für (Weihnachts) Geschenke zum Beispiel. Nicht aber für fragwürdige Wahlgeschenke, für die ohnehin der Steuerzahler blecht.

Frank Pfaff

Berliner Koalitionsvertrag unter der Lupe

Parlament interpretiert Ergebnisse für M-V differenziert

Das schwarz-rote Bündnis auf Bundesebene führte in der Aktuellen Stunde am 11. Dezember 2013 zu einer kontroversen Diskussion im Landtag. Während Redner der Koalitionsfraktionen die in Berlin ausgehandelten Vorhaben von CDU und SPD erwartungsgemäß würdigten, übte die Opposition Kritik. Das Thema „Koalitionsvertrag in Berlin – Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern“ hatte die SPD-Fraktion wenige Tage vor der SPD-Basisbefragung auf die Tagungsordnung gesetzt.

Nach Ansicht des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Fraktion **Heinz Müller** ist die Diskussion über den Koalitionsvertrag und seine Folgen für Mecklenburg-Vorpommern aktuell und notwendig. Er würdigte vor allem die Ergebnisse für die Kommunen. Die insgesamt auf Bundesebene geplanten fünf Milliarden Euro jährlich werden die Gemeinden im Nordosten Müllers Schätzungen nach voraussichtlich Jahr für Jahr um rund 100 Millionen Euro entlasten. Mehrere Landes-Politiker seien an den Verhandlungen beteiligt gewesen, wie Erwin Sellering und Lorenz Caffier, die nun das Parlament detailliert informieren sollten. Müller ging auch auf die Entscheidung der SPD-Spitze ein, die Partei-Basis zum ausgehandelten Kompromiss zu befragen. Mit diesem Mitgliedervotum seien die Sozialdemokraten einen beispiellosen Weg zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie gegangen. Das setze Maßstäbe, prophezeite Müller.

Auch Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident **Erwin Sellering** verteidigte den Koalitionsvertrag. Auf Drängen der SPD sei ein gesetzlicher, für Ost und West einheitlicher Mindestlohn vereinbart worden, es gebe mehr Gerechtigkeit bei der Rente, und die Energiewende werde vorangebracht. „Das sind gute Regelungen im Koalitionsvertrag, die viel bringen für uns in Mecklenburg-Vorpommern“, betonte er. Die Darstellungen der Opposition, die im Vorfeld bereits Kritik übte, werden auch nach Überzeugung Sellerings dem Inhalt des Koalitionsvertrages nicht gerecht. „Wir wollen weiter wirtschaftlich vorankommen, aber es soll dabei gerechter zugehen“, sagte der Regierungschef. Die Koalition stelle die Weichen dafür. Es gebe Verbesserungen bei der Leiharbeit, beim gesetzlichen Mindestlohn werde es keine Unterschiede in Ost und West geben. Bei der Energiewende sei nach anfänglichen Zweifeln ein „guter Kompromiss“ gefunden worden. Alle bis 2020 geplanten Projekte könnten umgesetzt werden.

Helmut Holter, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, warf der SPD vor, wichtige Wahlversprechen nicht einzulösen. Der Mindestlohn komme mit erheblicher Verzögerung und reiche nicht aus, um Altersarmut zu verhindern. In der Steuerpolitik werde der Hebel nicht umgelegt auf eine Umverteilung von oben nach unten. Und die von der SPD bekämpfte „Herdprämie“ werde nicht angetastet. Auch fehlen seinen Worten nach Investitionen in Ganztags-Kitas, in die Bildung und Gelder für die Kommunen. „Die längsten Koalitionsverhandlungen in der Geschichte der Bundesrepublik haben ein erbärmliches Ergebnis gebracht“, sagte er. Ausgehandelt von einer Koalition, die die soziale Spaltung im Land vertiefe und die lobbyhörig sei. Bei den Verhandlungen habe sich „die SPD am Gängelband von Frau Merkel und Herrn Seehofer führen lassen“, sagte der Oppositionspolitiker.

CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert** wies die Kritik zurück. Der Koalitionsvertrag ziele darauf ab, auf der Basis einer weiterhin starken Wirtschaft politische Schwerpunkte zu setzen. Der Linken warf er vor, unrealistische Forderungen zu erheben. Zudem blende die Opposition aus, dass auch die Kommunen mit Milliardenbeträgen vom Bund entlastet würden. Knapp fünf Milliarden Euro für die kommunale Ebene seien eine erhebliche Entlastung, die von den Bürgermeistern sehr wohl geschätzt werde. Das Betreuungsgeld sei den Wählern offenbar weniger wichtig, als die Linke glaube. „An den Wahlständen, an denen ich war, hat mich niemand auf das Betreuungsgeld angesprochen. Die Leute haben ganz andere Sorgen“, sagte Kokert. „Reden Sie doch über die tatsächlich wichtigen Themen, die in Deutschland eine Rolle spielen. Davon habe ich von Ihnen heute nichts gehört.“

Kritik am Koalitionsvertrag kam auch von **Jürgen Suhr**, Fraktionschef von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Vereinbarung lasse visionäre Perspektiven vermissen und setze keine Signale für die Hinwendung zu einer klimaschonenden und ressourcensparenden Wirtschaft. „Die Klimaschutzpolitik

Fotos: Angelika Lindenbeck



Heinz Müller (SPD)



Ministerpräsident Erwin Sellering

wird praktisch beendet“, beklagte Suhr mit Verweis auf die geplanten Maßnahmen zur Energiewende. Energiesparen werde kaum belohnt. „Dies trifft auch jene Handwerksbetriebe im Land, die sich auf die Potenziale der Energiewende ausgerichtet haben“, sagte der Oppositionspolitiker. Seiner Überzeugung nach ist der Vertrag eher auf „Verwalten“ ausgerichtet als auf „Gestalten“. Dies sei keine nachhaltige Politik im Sinne der Fürsorge für nachfolgende Generationen.

Nach Ansicht des NPD-Fraktionsvorsitzenden **Udo Pastörs** beinhaltet der Koalitionsvertrag nichts Neues. Er sei „die Fortführung der Politik, die sich in den letzten 20 Jahren im Wesentlichen nicht verändert hat“, sagte er. Die gute Lage der Wirtschaft komme nicht den Arbeitnehmern zugute, sondern den DAX-Konzernen und deren Aktienkursen. Pastörs bemängelte auch die Vereinbarungen zur Europapolitik. „Das ist eine Fortsetzung der sogenannten Freizügigkeit für jene Länder – Bulgarien, Rumänien –, die ab nächstem Jahr hier durch die Attraktivität des Mindestlohnes nach Deutschland einsickern werden zum Nachteil der Geringbeschäftigten und zum Nachteil der Niedriglohnbereiche“, sagte der NPD-Fraktionschef.

Innenminister **Lorenz Caffier** warf der Linken vor, nur ans „Geldausgeben“ zu denken. „Die Verantwortung für zukünftige Generationen spielt überhaupt keine Rolle“, sagte der Minister. Er widersprach auch dem Grünen-Fraktionschef Jürgen Suhr. „Wir prognostizieren, dass wir für vier Jahre eine stabile Koalition in Berlin haben, die zum Wohle der Menschen Politik gemeinsam gestalten wird. Dass das auch positive Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern haben wird, steht ja vollkommen außer Zweifel.“ In Sachen Mindestlohn sei ein guter Kompromiss gefunden worden. Auch die Kommunen würden durch die ausgehandelten Maßnahmen entlastet, ebenso die Bereiche Kita, Krippen, Schulen und Hochschulen. „Die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur sind um 4,5 Mio. Euro aufgestockt worden, und auch beim Wohnungsbau sind zusätzlich 600 Mio. Euro mit aufgelegt worden.“ Dies sind seiner Ansicht nach auch für M-V positive Signale.

Der SPD-Abgeordnete **Jochen Schulte** warf den Grünen Widersprüche in ihrer Energiepolitik vor, insbesondere was die allseits kritisierte Kohle-Förderung betreffe. Erst kürzlich hätten die Grünen in der NRW-Landesregierung dem Betrieb des eigentlich rechtswidrigen Kohlemeilers Datteln IV zugestimmt. Allein dieses Kraftwerk werde jährlich 8,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausstoßen. „Während Sie in M-V am Windrad drehen, ziehen sich Grüne in NRW schon die Kokkspur rein“, sagte Schulte.



Helmut Holter (DIE LINKE)



Vincent Kokert (CDU)



Jürgen Suhr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Udo Pastörs (NPD)



Innenminister Lorenz Caffier



Jochen Schulte (SPD)

Fotos: Angelika Lindenbeck

Doppelhaushalt beschlossen

Landtag verabschiedet Etat für 2014/15

Haushalt 2014/15

Nach zweitägiger emotionsgeladener Debatte hat der Landtag am 12. Dezember den Doppelhaushalt für 2014 und 2015 verabschiedet. Der Etat sieht Ausgaben von rund 7,3 Milliarden Euro pro Jahr vor. Neue Schulden macht das Land nicht, muss aber Zinsen für den früher angehäuften Schuldenberg abtragen. Die Regierungsfractionen SPD und CDU stimmten für das Haushaltsgesetz, die Opposition, die mehr als 100 Änderungsanträge vorgelegt hatte, geschlossen dagegen.

Insgesamt sind für 2014 Ausgaben von 7,295 Milliarden und für 2015 von 7,391 Milliarden Euro geplant. Nur gut 60 Prozent seiner Ausgaben kann Mecklenburg-Vorpommern derzeit aus eigenen Steuereinnahmen decken. Über den Landesetat war zuvor monatelang in den Ausschüssen beraten worden. Weil die Opposition sich mit ihren Änderungsvorschlägen von SPD und CDU ignoriert fühlte, legte sie deshalb in der Abschlussdebatte nach.

Die Opposition fand für ihre Anträge bei SPD und CDU keine Unterstützung. Linke und Grüne hatten zusätzliche Mittel vor allem für Schulen, Hochschulen, Theater, Arbeitsmarktpolitik und Kommunen gefordert. Das lehnten die Regierungsfractionen unter Hinweis auf die allgemeine Haushaltslage und auf millionenschwere Extraprogramme für Lehrer und für Kommunen ab. Die Verbesserung der Bildung sei bereits ein wesentlicher Schwerpunkt im Doppeletat, sagten Redner der Koalitionsfractionen. Für Schulen und Berufsschulen würden von 2014 an 50 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr bereitgestellt.

Sprecher von SPD und CDU werteten den Haushaltsplan mit Ausgaben von rund 7,3 Milliarden Euro pro Jahr als soli-

de und warnten unter Hinweis auf sinkende Zuschüsse von Bund und EU vor weiteren Zusatzausgaben. Beim Vorsatz, keine neuen Schulden zu machen, herrschte weitgehend Einigkeit. Grüne und Linke hatten vorgeschlagen, die von ihnen geforderten Zusatzausgaben durch Umschichtungen sowie aus den Rücklagen des Landes zu finanzieren. Das Land habe ein Polster von 700 Millionen Euro. Das lehnten SPD und CDU ab.

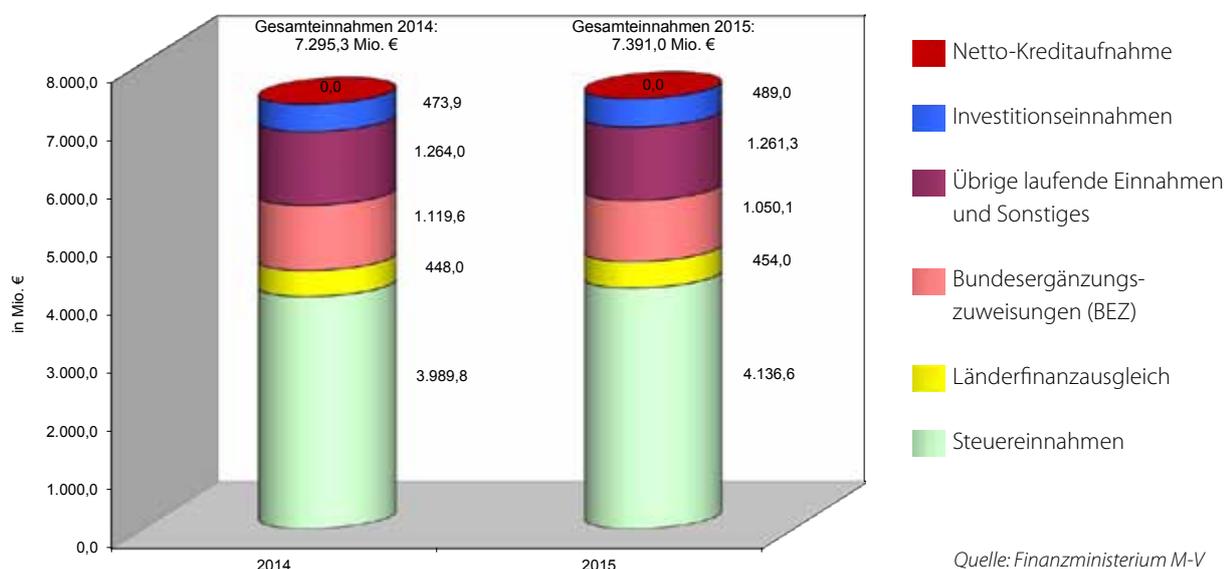
Für die 10,36 Milliarden Euro Alt-Schulden schlagen Zinszahlungen von jährlich 345 Millionen Euro zu Buche. Das entspricht etwa dem Einzeletat des Wirtschaftsministeriums. Seit 2006 zahlte das Land 540 Millionen Euro an Krediten zurück. Weitere Tilgungen sind im Etat nicht vorgesehen.

Landesbürgschaften

Der Landtag beschloss mit den Stimmen der Koalition auch die umstrittene Verfahrensänderung bei Landesbürgschaften für den Schiffbau. Bislang entschied allein die Regierung über die Vergabe von Bürgschaften. Mit dem neuen Verfahren wird über den Finanzausschuss auch das Parlament einbezogen. Die oppositionelle Linke hegt dagegen verfassungsrechtliche Bedenken, weil der Landtag ihrer Meinung nach für Entscheidungen, die in der Verantwortung der Regierung lägen, in Mithaftung genommen wird.

Gesetz zur Förderung der Finanzierung der Werften in Mecklenburg-Vorpommern (Werftenförderungsgesetz - WFG M-V): Haushaltsbegleitgesetz 2014/2015, Artikel 1 Drucksachen 6/1999 und 6/2399

Haushaltsplan 2014/2015 (Einnahmen)



Die Haushaltsdebatte

Kein Einzelplan ist unverändert angenommen worden



Wie der Vorsitzende des Finanzausschusses **Torsten Koplín** zu Beginn der Etatdebatte sagte, habe der Finanzausschuss in den vergangenen drei Monaten in elf Sitzungen und mehrstündigen Anhörungen letztlich 17 Beschlussempfehlungen erarbeitet. Zudem lege er dem Plenum nun auch den 150-seitigen

Bericht über die Haushaltsberatungen vor. Erstmals empfehle der Ausschuss, Änderungen an allen 14 Einzelplänen vorzunehmen. „Kein einziger Einzelplan ist unverändert angenommen worden“, betonte er. So sei unter anderem die Aufstockung der Mittel für den Landessportbund und für das Ehrenamt empfohlen worden.



Die weitere Konsolidierung des Landesetats sei Schwerpunkt der Arbeit im Finanzausschuss, sagte **Tilo Gundlack**, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Mecklenburg-Vorpommern kommt in den nächsten zwei Haushaltsjahren wieder ohne Neuverschuldung aus. Keine Schulden zu Lasten der nächsten Generation“, unterstrich er. „Wir setzen uns mit unserer vorausschauenden Politik dafür ein, dass die Haushalte nachhaltig saniert werden.“ Gleichzeitig würden Schwerpunkte für die Zukunft gesetzt. Er nannte als Beispiel unter anderem das 50-Millionen-Euro-Bildungspaket mit Lehrerverbeamtung und Abmilderungstunden für ältere Lehrer. Den Haushaltsentwurf sieht er als „solide Basis“ für die kommenden zwei Jahre.

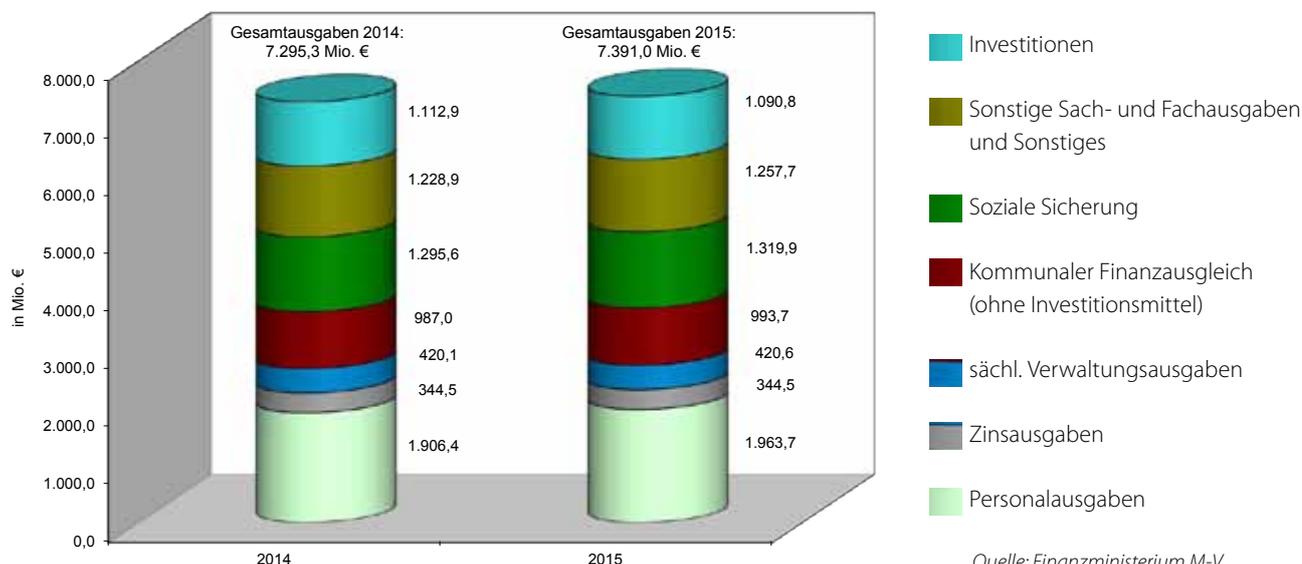


DIE LINKE hält die Rücklagen von derzeit rund 700 Millionen Euro für überzogen. „Wer spart und knausert, bis es quietscht, darf sich nicht wundern, wenn am Ende die Rechnung noch höher wird“, sagte Linke-Fraktionschef **Helmut Holter**. Vor allem an den Schulen und Hochschulen fehle Geld. „Gute Bildung kostet, schlechte Bildung kostet noch viel mehr.“ Holter warf SPD und CDU vor, den Etat in den Ausschüssen „im Eilverfahren durchgepeitscht“ zu haben. Die Opposition habe viele Vorschläge gemacht, doch hätten sich die Koalitionsfraktionen der inhaltlichen Diskussion nicht gestellt. Er warf den Koalitionären zudem vor, auch die Anregungen von Sachverständigen aus den Anhörungen weitgehend ignoriert zu haben.



Auf die Darstellungen reagierte CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert** mit scharfen Worten. Die „unqualifizierte Generalkritik“ habe keine Substanz, sagte er. Mit ihrer Antragsflut zur Zweiten Lesung trete die Opposition zudem parlamentarische Gepflogenheiten mit Füßen. Kokert verteidigte den Etatentwurf, der in den Ausschussberatungen auf Betreiben von SPD und CDU um wenige Millionen aufgestockt worden war. „Wir setzen Prioritäten und verlieren die Schuldenbremse nicht aus den Augen“, betonte der Fraktionsvorsitzende. Die Menschen – so viel ist seinen Worten nach sicher – seien sowohl bei Rot-Schwarz im Land als auch bei Schwarz-Rot in Berlin in Sachen Haushaltspolitik in guten Händen.

Haushaltsplan 2014/2015 (Ausgaben)



Die Haushaltsdebatte



Dem widersprach Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr**. Auch er beklagte wie Helmut Holter, dass die Vorschläge der Opposition von den Mitgliedern der Koalition im Ausschuss weitgehend ignoriert worden seien. So begründete er auch die Einbringung von 60 Änderungsanträgen seiner Fraktion zur abschließenden Beratung im Plenum. Darin werden Umschichtungen im Umfang von gut 80 Millionen Euro gefordert, unter anderem zugunsten von Schulen, Hochschulen, Kommunen, Nahverkehr und Umweltschutz. Suhr warf der Regierung vor, „eine Landespolitik nach Schema F“ abzuwickeln und nicht auf aktuelle Notwendigkeiten zu reagieren. „Alte Pfründe werden auf Gedeih und Verderb bewahrt und Zukunftspotenziale liegen brach“, kritisierte der Fraktionsvorsitzende der Bündnisgrünen.



NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** bemängelte, in den Debattenbeiträgen seien kaum konkrete Zahlen genannt und Risiken verschwiegen worden. Bislang sei „Klamauk“ mit „Gegenklamauk“ beantwortet worden. Dem 7,3 Milliarden-Haushalt, inklusive Solidarpaktmitteln, stehe eine hohe Verschuldung gegenüber. Zwar werde eine Neuverschuldung mit dem geplanten Etat vermieden. Aber bis 2018 sei auch keine „Netto-Tilgung“ der früheren Schulden geplant. Auch werde die „dramatisch steigende Gefahr“ einer Pro-Kopf-Verschuldung verschwiegen. Die Haushaltsplanung werde kippen, sobald das Zinsniveau steige. Der Haushalt berücksichtige auch nicht die immensen Ausgaben der Kreise für Sozialausgaben. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.



Das Land müsse maßhalten und sich auf sinkende Zuschüsse von Bund und EU einstellen, forderte Finanzministerin **Heike Polzin**. „Ich denke, dass mit den im Doppelhaushalt vorgesehenen Investitionen in Wirtschaft und Arbeitsplätze, Familie und Kinder und nicht zuletzt in gute Schulen und in Bildung die richtigen Akzente gesetzt werden, um unser Bundesland weiter voranzubringen“, zeigte sie sich überzeugt. Mit dem vorgelegten Etat Sorge die Regierung dafür, dass die Entwicklung des Landes vorankomme. Neue Schulden sollten erneut nicht gemacht werden. „Dieser Grundsatz ist so etwas wie das ungeschriebene Gesetz der Haushaltsführung in Mecklenburg-Vorpommern – seit 2006 sind wir ihm treu“, betonte sie. Doch werde dies immer schwieriger. Das Auslaufen des Solidarpakts führe dazu, dass Jahr für Jahr 80 Millionen Euro im Haushalt fehlten.

Das Land wappne sich dafür, auch mit Hilfe von Rücklagen, die nicht leichtfertig aufgebraucht werden dürften, mahnte die Ministerin.



Jeannine Rösler, finanzpolitische Sprecherin der Linken, kritisierte, SPD und CDU hätten das Gros ihrer Anträge erst auf der „Zielgeraden“ in den Finanzausschuss eingebracht. So sei eine intensive Beratung in den Fachausschüssen meist kaum noch möglich gewesen. Ihrer Ansicht nach haben eine Reihe weiterer Vereine finanzielle Unterstützung aus dem Landeshaushalt verdient. Sie nannte unter anderem den Tierpark-Verein Wolgast, das Friedenszentrum Anklam und den Rostocker Verein „Bunt statt Braun“, dem ohne Landesgelder das Aus drohe. Deshalb müsse das Land die Einnahmen erhöhen. Dafür sollen ihrer Überzeugung nach das Steuerrecht geändert und Spitzeneinkommen stärker zur Finanzierung herangezogen werden.



Egbert Liskow (CDU) verwies angesichts sinkender Zuschüsse aus dem Bund auf den hohen Stellenwert einer soliden Finanzpolitik. So betragen seinen Worten nach die Mittel aus dem Solidarpakt im Jahr 2014 rund 600 Millionen Euro. „Im Jahr 2020 dann Null Euro“, machte er auf den Ernst der Lage aufmerksam. Struktur-schwache Regionen sollen den Plänen nach zwar auch über 2019 hinaus Mittel aus Berlin erhalten, aber in welchem Umfang Mecklenburg-Vorpommern davon profitiere, sei noch unklar. Selbst wenn die Steuereinnahmen von jetzt jährlich vier Milliarden Euro moderat steigen, werde es zunehmend schwerer, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen, sagte er und warnte vor einem „Füllhorn“, wie es seiner Meinung nach die Opposition verlange.



Johannes Saalfeld, finanzpolitischer Sprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sah noch Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten im Haushaltsentwurf. Darauf zielten seinen Worten nach auch die Änderungsvorschläge seiner Fraktion ab, mit denen 80 Millionen Euro umgeschichtet werden sollen. „Diese Umschichtungen erfolgen ohne Neuverschuldung und ohne Zugriff auf die Rücklage“, betonte er. So könne mehr für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit getan werden. Alle Änderungsanträge seien zuvor den Ausschüssen zur Beratung vorgelegt worden. Seine Fraktion wolle die Umverteilung unter anderem zugunsten der Schulen und Hochschulen, des Umweltschutzes und des Öffentlichen Nahverkehrs vornehmen.

Die Haushaltsdebatte



Innenminister **Lorenz Caffier**, der seine Rede in Vertretung für den Wirtschaftsminister hielt, ging auf die mit im Gesetzentwurf verankerte Verfahrensänderung für Schiffbau-Bürgschaften des Landes ein. Das Land schaffe damit einen verlässlichen und verbindlichen Rahmen für die Werftenfinanzierung in den kommenden

Jahren, sagte er. Nach der Insolvenz der P+S-Werften sei es notwendig gewesen, die Risiken für das Land genau abzuwägen und neu zu gewichten. „Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht“, sagte der Minister. Mit rund 10.000 Beschäftigten sei die maritime Wirtschaft von wichtiger struktureller Bedeutung. Doch sei der Schiffbau eben auch mit erheblichen finanziellen Risiken verbunden. Inzwischen könne nur noch der Spezialschiffbau bestehen, bei dem praktisch jedes Schiff ein Prototyp sei. Die Gesetzesänderung trage dem Rechnung.



Auch der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Jochen Schulte** sprach sich für die Annahme der geänderten Regelung zur Werftenfinanzierung aus. Zwischen Koalition und Opposition bestehe ein Grundkonsens über die hohe Bedeutung des Schiffbaus für das Land. Er trat Bedenken der Opposition entgegen, dass mit der Bürgschaftsvergabe im Finanzausschuss mangelnde Transparenz verbunden sei. Jedes Landtagsmitglied könne an den Sitzungen des Ausschusses teilnehmen, betonte er. Der Landtag treffe mit der Verabschiedung des Haushalts in jedem Fall die Grundsatzentscheidung, in welchem Gesamtumfang Bürgschaften vergeben werden können. Letztlich müsse sich jeder Abgeordnete fragen, wie er seiner Verantwortung für die maritime Wirtschaft im Land gerecht werde. Das könne der Landtag nicht allein der Landesregierung überlassen.



Foto: Uwe Balewski

Haushalt 2014/15

Drucksachen zum Doppelhaushalt 2014/2015

Haushaltsbegleitgesetz 2014/2015

- Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 6/1999
- Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses Drucksache 6/2399
- Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/2518

Haushaltsgesetz 2014/2015 und Verbundquotenfestlegungsgesetz 2014/2015

- Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 6/2000(neu)
- Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses Drucksachen 6/2400 bis 6/2416

- Änderungsanträge DIE LINKE Drucksachen 6/2519 bis 6/2526, 6/2527(neu), 6/2528 bis 6/2538, 6/2541 und 6/2542
- Änderungsanträge DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksachen 6/2539 und 6/2540(neu)
- Änderungsanträge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksachen 6/2543 bis 6/2552
- Änderungsanträge NPD Drucksachen 6/2458 bis 6/2517

Mittelfristige Finanzplanung 2013 bis 2018 des Landes M-V einschließlich Investitionsplanung

- Unterrichtung durch die Landesregierung Drucksache 6/1998

Haushalt ohne Neuverschuldung

Deutlich mehr Geld für die Bildung von der Kita bis zur Hochschule



Foto: Uwe Balewski

„Auch wenn unsere solide Haushaltspolitik oft von der Opposition als ideenlos und langweilig betitelt wird – wir haben ein Ziel, wir haben eine Idee, und der gehen wir kontinuierlich nach.“

*Tilo Gundlack,
haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, in der
allgemeinen Aussprache zum Haushaltsplan 2014/2015*

SPD-Fraktion

Mit dem Doppelhaushalt für die Jahre 2014/2015 setzt die SPD/CDU-Koalition deutliche Schwerpunkte im Bildungsbereich von der Kita bis zur Hochschule sowie bei der Stärkung der Kommunen. So betragen die Gesamtausgaben für den Bereich Bildung und Kultur (Einzelplan 07) nunmehr 1,535 Mrd. Euro im Jahr 2014 und 1,570 Mrd. Euro in 2015. Das ist im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013 eine beträchtliche Steigerung in Höhe von 110 Mio. Euro (2014) bzw. 145 Mio. Euro (2015).

Kitas und Krippen

Ein Kernanliegen der SPD-Landtagsfraktion in den kommenden Jahren sind weitere Anstrengungen für bessere Kitas und Krippen. Nach den finanziellen Entlastungen für Eltern um bis zu 100 Euro monatlich geht es nunmehr vor allem um die Steigerung der Qualität, etwa durch kleinere Gruppen (Fachkraft-Kind-Relation von 1:18 im Jahr 2010 auf 1:15 ab 2016) oder die besondere Förderung von Kitas in sozialen Brennpunkten. Allein für die Kindertagesförderung wird das Land in der vorläufigen Endstufe im Jahr 2016 über 200 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Das ist im Vergleich zum Jahr 2006 mehr als eine Verdoppelung der Ausgaben für das Kinderland MV. Mit den guten frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten schafft die Koalition entscheidende Voraussetzungen dafür, dass Kinder von Anfang an, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, gefördert werden.

Schulen

Zudem erhalten im Rahmen der Bildungsoffensive des Landes die Schulen und Berufsschulen ab 2014 50 Millionen Euro zusätzlich im Jahr. Dieser finanzielle Kraftakt ist umso bemerkenswerter angesichts der derzeit stagnierenden und perspektivisch sinkenden Schülerzahlen. Er verdeutlicht den überragenden Stellenwert des Bildungsbereichs für die SPD. Schwerpunkte der Bildungsoffensive sind Verbesserungen für die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen. Dazu

gehören die einheitliche Eingruppierung an Regionalen Schulen, Gesamtschulen, Gymnasien und Berufsschulen in die Entgeltgruppe 13 TV-L, der vorzeitige Ausstieg aus dem Lehrpersonalkonzept für die Berufsschullehrer/innen sowie die Verbeamtung der Lehrkräfte bis zur Vollendung des 40sten Lebensjahres. Zudem wird die Unterrichtsverpflichtung für alle Klassenlehrer/innen an Grundschulen auf 27 Wochenstunden abgesenkt. Das ist der niedrigste Wert aller Bundesländer. Darüber hinaus reduziert die Koalition die Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte, die überwiegend in der gymnasialen Oberstufe tätig sind.

Von enormer Bedeutung für die SPD ist, dass alle Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern dieselben Bildungschancen haben – in einem dünn besiedelten Flächenland kostet das mehr als in dichter besiedelten Gebieten.

Um dieses Ziel zu erreichen, verbessern wir die Situation an den Ganztagschulen durch bessere Anrechnungsfaktoren, an Grundschulen in sozialen Brennpunkten durch eine bessere pädagogische Ausstattung, an den Landesförderzentren in Neubrandenburg, Güstrow und Neukloster durch die Absicherung der teilstationären Frühförderung sowie u.a. an den Beruflichen Schulen durch eine zusätzliche Vertretungsreserve für die Zusammenarbeit mit externen Lehrkräften.

In der Zukunft wird vor allem die Umsetzung der Inklusion weitere finanzielle Anstrengungen der Landesregierung erfordern. Hier setzen wir weiterhin auf die konstruktive Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte.

Kinder- und Jugendarbeit

Mehr Geld als ursprünglich veranschlagt wird es auch für die Kinder- und Jugendarbeit geben. Damit wollen wir trotz sinkender Einwohnerzahlen Angebote vor Ort, wie z.B. Jugendclubs, aufrechterhalten. Hierzu gehören auch Maßnahmen

für besonders benachteiligte Jugendliche, um gezielt deren berufliche Eingliederungschancen zu verbessern.

Hochschulen

Auch die Hochschulen bekommen rund 17 Millionen Euro mehr als im Haushaltsentwurf zunächst vorgesehen war. Damit übernimmt das Land die Tarif- und Besoldungssteigerungen, die Reformkosten der W-Besoldung sowie die Kosten bei der Einführung des Mindestlohns.

Kommunen

Für die Kommunen hat die Koalition ein Soforthilfeprogramm des Landes in Höhe von 100 Millionen Euro aufgelegt (für 2014 bis 2016).

Doppelhaushalt 2014/2015 ohne Neuverschuldung

Dank der seriösen Finanzpolitik der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen stemmen wir diese Zukunftsinvestitionen, ohne neue Schulden aufnehmen zu müssen. Landesregierung und Koalitionsfraktionen setzen damit ihre seriöse Finanzpolitik auch in den nächsten Jahren fort. Erst dieser konsequente Konsolidierungskurs inklusive der Rücklagenbildung versetzt uns in die Lage, in wichtige politische Zukunftsbereiche zu investieren.

Opposition macht unseriöse Haushaltspolitik mit nicht gedeckten Schecks

Die Linksfraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen dagegen eine Haushaltspolitik auf Kosten der nachfolgenden Generationen. Während die Linken zur Finanzierung ihrer rund 175 Millionen Euro teuren Versprechungen fast immer schamlos in die Ausgleichsrücklage greifen wol-

len, regiert bei den Grünen neben Streichungsvorschlägen bei der Polizei das Prinzip Hoffnung. Umschichtungen im Haushalt werden einfach mit angeblich zu hoch angesetzten Zinskosten gegenfinanziert.

Mit seriösem Wirtschaften hat diese Politik der ungedeckten Schecks nichts zu tun. Im Gegenteil, die Vorschläge zur Finanzierung der oppositionellen Versprechungen sind ein haushaltspolitischer Offenbarungseid. Denn die Ausgabenwünsche der Oppositionsfraktionen ziehen vor allem bei der Linksfraktion in aller Regel laufende Kosten nach sich. Das heißt, der Landeshaushalt würde nach 2015 permanent weiter in beträchtlicher Höhe belastet. In wenigen Jahren wäre dann die Rücklage komplett aufgebraucht.

Dabei ist die Ausgleichsrücklage nicht nur die Notreserve für konjunkturelle Einbrüche und unvorhersehbare Krisen oder Katastrophen. Sie ist vor allem Ergebnis einer vorausschauenden Finanzpolitik. Denn im Jahr 2019 läuft der Solidaripakt für die neuen Bundesländer aus und wird der Länderfinanzausgleich neu ausgehandelt. Auch wenn dabei vieles noch nicht klar ist, ist doch schon eines sicher: Mecklenburg-Vorpommern wird nicht mehr, sondern erheblich weniger Geld aus diesen Kassen erhalten. Unser Land wird spätestens dann jeden Cent zur Vermeidung von Haushaltsrisiken dringend brauchen.



Foto: Uwe Bielewski

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Heinz Müller berät sich mit Fraktionskollegen.

Geplante Ausgaben 2014/2015 in Mio. Euro	2014	2015
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	1.535,3	1.570,3
Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales	1.072,3	1.087,1
Ministerium für Inneres und Sport	624,7	625,3
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz	437,4	438,6
Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus	380,8	408,8
Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung	469,3	474,2
Justizministerium	344,5	349,6
Finanzministerium	179,8	181,1
Staatskanzlei	13,7	14,6
Landesrechnungshof	7,1	7,4
Landtag	39,1	40,6

Wir setzen die richtigen Prioritäten

Schulden abbauen, in die Zukunft investieren und vorsorgen



Foto: Angelika Lindenbeck

„Mit dem vorliegenden Landeshaushalt ist der in Zahlen gegossene Wille dieser Koalition für die nächsten zwei Jahre besiegelt.“

Vincent Kokert,
Vorsitzender der CDU-Fraktion, in der allgemeinen Aussprache
zum Haushaltsplan 2014/2015

CDU-Fraktion

Mut zur Haushaltskonsolidierung

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion **Vincent Kokert** betonte in der Generaldebatte, dass die Koalition bereit sei, schwierige Entscheidungen zu treffen, und den Mut zur Haushaltskonsolidierung habe. Gleichzeitig warf er der Opposition fehlende Alternativen und das Schlechttreden wichtiger Projekte in Mecklenburg-Vorpommern vor.

„Wir setzen die richtigen Prioritäten. Durch die Schuldenbremse sind wir bereits heute zu einer vernünftigen und vorausschauenden Haushaltspolitik verpflichtet. Wir stehen für Generationengerechtigkeit“, machte Kokert deutlich. Er wies darauf hin, dass die Große Koalition bereits 540 Mio. Euro Schulden getilgt habe und sich finanzpolitisch auf einer Ebene mit den Bundesländern Bayern und Sachsen befinde. Momentan müsse das Land pro Tag eine Mio. Euro für Zinsen ausgeben. Die Koalition werde deshalb weiterhin Schulden abbauen und die Zinslast für die Steuerzahler weiter verringern. Das Verringern von Zinslasten sei die beste Voraussetzung für dauerhafte Investitionen.

In diesem Zusammenhang erklärte er, dass der CDU-Fraktion gelungen sei, insgesamt zwei Mio. Euro für sinnvolle Projekte im Doppelhaushalt umzuschichten. Kokert bedauerte, dass die Opposition durch ihre Generalkritik auch wichtige Investitionen, wie die Förderung der Ansiedlung von Nestlé in Schwerin, schlechttrede. Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN warf Kokert vor, den „Inklusionsfrieden“ zwischen den demokratischen Fraktionen zu gefährden, indem sie sich im Rahmen der Haushaltsberatungen mit nicht abgestimmten Anträgen zur Inklusion politisch zu profilieren versucht habe. Abschließend bekräftigte der Fraktionsvorsitzende, dass die Große Koalition den Kurs der Haushaltskonsolidierung aus Verantwortung für das Land weiter fortsetzen werde. „Das Land ist bei der Großen Koalition in guten Händen“, stellte Kokert fest.



Foto: Uwe Baleski

Stabile Sportförderung

Egbert Liskow, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, ging in seiner Rede vor allem auf die Initiativen seiner Fraktion ein: „So hat der Finanzausschuss einstimmig beschlossen, im Doppelhaushalt 2014/2015 zusätzlich insgesamt 500.000 Euro als Investitionszuschuss an den Landessportbund zur Verfügung zu stellen. Weitere 120.000 Euro dienen der Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Sport. Die CDU-Fraktion ist der Garant für eine stabile Sportförderung in unserem Bundesland. Mehr als 237.000 sportbegeisterte Menschen und damit 14 Prozent der Gesamtbevölkerung sind im Landessportbund organisiert. Mecklenburg-Vorpommern ist ein sportbegeistertes Land mit guten Ergebnissen im Breiten- und Spitzensport. Die Sportvereine werden vor allem durch das große Engagement vieler ehrenamtlicher Trainer und Helfer getragen.“

Barrierefreies Wohnen

Der CDU-Politiker betonte, dass zudem verstärktes finanzielles Engagement der Fraktionen bei der Wohnraumförderung nötig gewesen sei. „Nach dem Ende der Zweckbindung bei den Entflechtungsmitteln konnte man durchaus den Eindruck bekommen, dass der Haushalt des Wirtschafts-

ministers an dieser Stelle etwas zu kurz gekommen war“, sagte Liskow.

Auf Initiative der Regierungsfractionen von CDU und SPD wurde daher für die Jahre 2014 und 2015 ein Sonderprogramm für barrierearmes Wohnen, Lifte und Fahrstühle eingerichtet und mit jeweils fünf Millionen Euro ausgestattet. Liskow erläuterte, dass mit den Landeszuschüssen von jeweils fünf Millionen Euro die Wohnungsunternehmen des Landes sowie andere private Vermieter und Eigennutzer bei den Umbaukosten für barrierefreies Wohnen, vor allem beim Einbau von Liften und Fahrstühlen, unterstützt werden sollen. „Diese beträchtlichen Investitionskosten dürfen dann nicht auf die Mieten umgelegt werden. Barrierearmes Wohnen bleibt so für die Mieterinnen und Mieter bezahlbar“, machte Liskow deutlich.

Forschungsstandort Greifswald

Der Greifswalder Abgeordnete wies daraufhin, dass es außerdem gelungen sei, zusätzliche Mittel für das Greifswalder Leibniz-Institut für Plasmaforschung und Technologie (INP) bereitzustellen. „Das INP erhält in den kommenden beiden Jahren zusätzliche Landesmittel in Höhe von 800.000 Euro. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald hat sich in den vergangenen Jahren zu einem überregional bedeutenden Standort für Wissenschaft und Spitzenforschung entwickelt. Im Bereich der Plasma- und Biotechnologie gehört das INP europaweit zur Spitze. Gerade um jungen und gut ausgebildeten Menschen eine Perspektive in unserem Land zu geben, brauchen wir diese Leuchttürme. Der vorpommersche Landesteil profitiert in hohem Maße von der guten Entwicklung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Greifswald. Mit den eingestellten Mitteln können die Forschungs- und Innovationsaktivitäten am INP weiter verstärkt

werden, um den Technologievorsprung zu erhalten. Gleichzeitig werden damit Arbeitsplätze in der Region gesichert“, sagte der Finanzpolitiker in der Debatte.

Schuldenabbau und Zukunftsinvestitionen

Gleichzeitig verwies er auf das finanzpolitische Leitbild der Koalition aus CDU und SPD, das aus dem Abbau von Schulden, Investitionen in die Zukunft und der Vorsorge besteht. „Dieses Leitbild ist mit Zahlen unterlegbar. Seit 2006, seit SPD und CDU gemeinsam dieses Land regieren, konnte über eine halbe Milliarde Euro Schulden getilgt werden, damit sanken die Zinslasten von 459 Mio. Euro in 2006 auf 362 Mio. Euro in 2012, zugleich sinkt seit 2006 kontinuierlich die pro-Kopf-Verschuldung“, so Liskow.

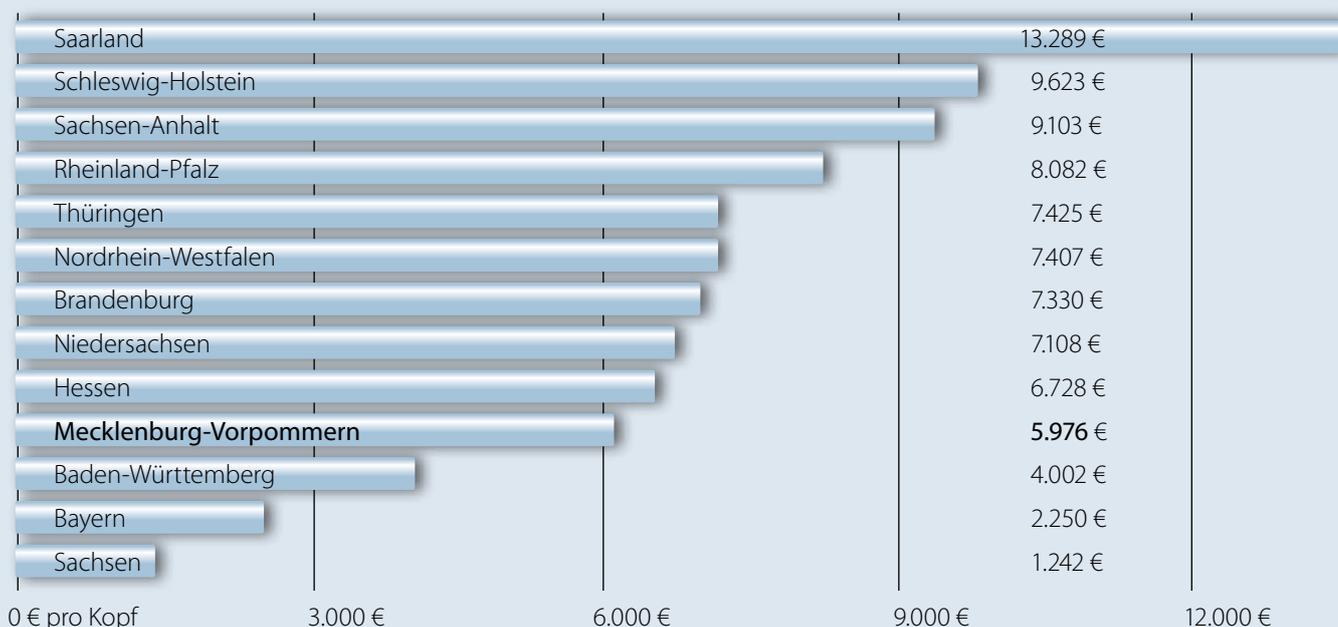
Nur noch in Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg sei die pro-Kopf-Verschuldung niedriger. „Mit unserer Rücklage, die inzwischen bei 765 Mio. Euro liegt, sind wir gut gewappnet für konjunkturelle Schwankungen“, unterstrich Liskow.



Foto: Cornelius Kettler

Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände Jan-Peter Schröder (Landkreistag), Thomas Deiters und Michael Thomalla (Städte- und Gemeinetag) verfolgen die Haushaltsdebatte (v.l.)

Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer (Stand: 31.12.2012)



Quelle: Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern

Ignorant und arrogant

Koalitionsfraktionen haben sich inhaltlicher Diskussion nicht gestellt

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern



Foto: Angelika Lindenbeck

„Wer spart und knausert, bis es quietscht, darf sich nicht wundern, wenn am Ende die Rechnung noch höher wird.“

Helmut Holter,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, in der allgemeinen
Aussprache zum Haushaltsplan 2014/2015

Fraktion DIE LINKE

Fraktionsvorsitzender Helmut Holter:

Auch bei dem Doppelhaushalt 2014/2015 haben sich die Koalitionsfraktionen einer inhaltlichen Diskussion nicht gestellt. Sie verfahren auch diesmal ignorant und arrogant. In den zahlreichen Anhörungen konnten Sachverständige noch so deutlich Kritik vortragen oder Alternativen aufzeigen. SPD und CDU blieben in der Regel stumm und beharrten stur auf ihrer Auffassung. Das bekannte Bild der drei Affen – nichts hören, nichts sehen und nichts sagen – haben die Koalitionäre bis zur Perfektion einstudiert.

Meine Fraktion hat dagegen zahlreiche Anregungen aus den öffentlichen Anhörungen aufgegriffen. So haben wir uns für Modernisierungs- und Bauzuschüsse für die Wohnraumförderung eingesetzt. Ein Riesenproblem, das SPD und CDU und allen voran Minister Harry Glawe völlig unzureichend angehen.

Politischer Notstand im Bildungsministerium

Im Haus des Bildungsministers gibt es so viele Baustellen, da könnte Mathias Brodkorb glatt auch als Bauminister durchgehen. Manche sprechen auch vom Minister für Pleiten, Pech und Pannen. Erst kürzlich präsentierte Herr Brodkorb falsche Zahlen im Finanzausschuss und düpierte damit sogar das Statistische Bundesamt. Durch den politischen Notstand im Bildungsministerium musste die Linksfraktion besonders viele Initiativen im Bildungsbereich ergreifen.

Ich nenne nur stichpunktartig die Themen: Ausbau der Ganztagschule bzw. Volle Halbtagschule, Schulabschlüsse an Volkshochschulen, individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler an den Grundschulen, Ausgleich für Lehrerinnen und Lehrer, die Herr Brodkorb nicht verbeamtet will, die Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen, die Hochschulen und und und.

Dauerproblem Langzeitarbeitslosigkeit

Wie sieht es im Hause der Sozialministerin aus? Ministerin Manuela Schwesig weilt gedanklich zwar schon seit längerem in Berlin. Wir haben dennoch nicht locker gelassen und auch hier drängende Probleme thematisiert: beispielsweise die Arbeitsmarktpolitik, die Frau Schwesig entgegen ihrer vollmundigen Ankündigungen komplett vernachlässigt hat. Nicht anders ist zu erklären, dass sie das Dauerproblem der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern einfach nicht anpackt.

Regionalbudget für Strukturentwicklung

Im Bereich des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung haben wir der Koalition frühzeitig den Vorschlag gemacht, über ein „Regionalbudget für Strukturentwicklung“ ernsthaft nachzudenken. Das Ministerium hat im sogenannten Vorentwurf zum Landesentwicklungsprogramm 2016 zahlreiche ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen ausgewiesen. Damit diese Orte nicht abgehängt werden, wollte die Fraktion DIE LINKE für 2014 und 2015 insgesamt 100 Millionen Euro in die Hand nehmen. Die Kommunen sollten die Chance erhalten, diese Mittel eigenverantwortlich einzusetzen. Vor Ort stießen wir mit dieser Idee auf viel Zuspruch. Aber SPD und CDU wischten den Vorschlag in ihrer arroganten und ignoranten Weise vom Tisch.

So hohe Rücklagen nicht verantwortbar

Alle unsere Vorschläge sind selbstverständlich seriös zu finanzieren. Kein einziger Vorschlag der Linksfraktion würde zu neuen Schulden führen.

Über 700 Millionen Euro hat die Landesregierung auf der hohen Kante. An diesen übertollen Sparstrumpf können wir ran. Selbstverständlich muss es eine angemessene Rücklage geben. Aber derart hohe Rückstellungen sind angesichts der

drängenden Probleme nicht verantwortlich. Wer spart und knausert, bis es quietscht, darf sich nicht wundern, wenn am Ende die Rechnung noch höher wird. Das beste Beispiel ist die Bildung der Kinder: Eine gute Bildung kostet, schlechte Bildung kostet noch viel mehr. SPD und CDU haben noch vor zwei Jahren festgelegt, dass 500 Millionen Euro für schlechte Zeiten zurückgestellt werden sollten. Unsere Vorschläge würden die Rücklage um nicht einmal 100 Millionen Euro im Jahr maßvoll schrumpfen lassen. Eine halbe Milliarde Euro wären auch nach 2015 noch im Sparstrumpf.

Steuergerechtigkeit

Die Haushaltspolitik der Linksfraktion ist auch deshalb seriös, weil wir im Gegensatz zur Koalition nicht so tun, als hätten wir auf der Einnahmeseite kein Problem. Wir haben erneut die Frage der Steuergerechtigkeit thematisiert. Wir wollen hohe Einkommen und Vermögen endlich angemessen an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen. Einen entsprechenden Antrag stellen wir heute erneut zur Abstimmung.

Werftenförderungsgesetz

Nur wenige Sätze zum dubiosen Werftenförderungsgesetz. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Landesregierung, und allen voran Ministerpräsident Selling, mit diesem Gesetz gar nicht die Rechte des Landtages stärken will. Das ist lediglich ein Täuschungsmanöver. In Wahrheit hat der Ministerpräsident Fracksausen. Den aktuellen Parlamentarischen

Untersuchungsausschuss zur P+S-Werften-Pleite im Nacken, will Herr Selling die Opposition mundtot machen. Die Landesregierung zwingt damit den Landtag und vor allem auch die Opposition in ein Boot, dessen Kurs eigentlich von der Regierung zu verantworten ist. Gewaltenteilung war gestern. Dieses Gesetz der Landesregierung ist rundum abzulehnen.

Das Gesetz wird vor dem Verfassungsgericht Schiffbruch erleiden, davon bin ich überzeugt. Dass solche typischen exekutiven Aufgaben einfach auf die Legislative verlagert werden, ist nicht nur aus grundsätzlichen politischen Erwägungen bedenklich. Erschwerend kommt hinzu, dass nicht der Landtag als Ganzes, sondern nur ein Fachausschuss, namentlich der Finanzausschuss, entscheiden soll.



Die Plenarsitzungen des Landtages sind öffentlich. Gern nutzen auch Schulklassen die Möglichkeit, auf der Besuchertribüne Plenardebatten live zu verfolgen.
Foto: Uwe Balewski

So entsteht der Landeshaushaltsplan

Der Landeshaushaltsplan wird von der Landesregierung für ein oder zwei Jahre erarbeitet und vom Landtag als Gesetz beschlossen. Er weist aus, welche Einnahmen das Land erwartet und wieviel Geld das Land ausgeben darf.

Seit 2002 erarbeitet die Landesregierung einen Zweijahreshaushalt – einen so genannten Doppelhaushalt. Der Prozess der Aufstellung des Haushaltsplanes erstreckt sich über einen Zeitraum von mehreren Monaten. Der Planungszeitraum beginnt bereits gut ein Jahr vor Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres:

- Die Vorbereitungen für einen neuen Haushaltsplan beginnen bereits im Dezember des Vorjahres mit einem Erlass des Finanzministeriums.
- Im März des Vorjahres melden die einzelnen Ministerien ihre Vorstellungen beim Finanzministerium an. Das Finanzministerium prüft die Budgetanmeldungen und verhandelt diese mit jedem einzelnen Ministerium. Dann erstellt es einen Entwurf des Haushaltsplans.
- Die Landesregierung beschließt diesen Entwurf im Juli. Der Entwurf besteht aus dem Haushaltsgesetz und dem Haus-

haltsplan. Der Ministerpräsident leitet den Entwurf an den Landtag weiter.

- Die Finanzministerin begründet Anfang September den Haushaltsplanentwurf in ihrer Haushaltsrede (Einbringungsrede) vor dem Landtag.
- Der Landtag berät über die Vorlage in erster Lesung und führt eine Generalausprache durch.
- Der Landtag verweist den Haushaltsplanentwurf federführend an den Finanzausschuss sowie an die anderen Ausschüsse des Landtages zu Mitberatung.
- Der Finanzausschuss berät den Entwurf Punkt für Punkt und erarbeitet hierzu seine Beschlussempfehlungen. Dabei bezieht er die Stellungnahmen der anderen Fachausschüsse ein.
- Der Haushaltsplanentwurf der Regierung und die Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses werden im Landtag in der Zweiten Lesung beraten.
- Der Landtag verabschiedet das Haushaltsgesetz und den Haushaltsplan im Dezember.
- Der Ministerpräsident unterzeichnet das Gesetz und verkündet es im Gesetzblatt. Das Haushaltsgesetz tritt unabhängig vom Zeitpunkt seiner Verkündung jeweils am 1. Januar eines Jahres in Kraft.

Kein Haushalt für die Zukunft unseres Landes

Regierung setzt völlig falsche Prioritäten



Foto: Angelika Lindenbeck

„Sie fahren eine Kurs, der darauf zielt, die Kommunen kaputt zu sparen.“

Jürgen Suhr,
Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in der
allgemeinen Aussprache zum Haushaltsplan 2014/2015

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen wickeln eine Landespolitik nach „Schema F“ ab, die sich in vielfacher Form gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger richtet, deren Willen und Engagement zur Mitgestaltung ignoriert, ja sogar missbilligt. Alte Pfründe werden auf Gedeih und Verderb bewahrt, Zukunftspotenziale liegen brach, und politische Entscheidungen werden immer mehr damit erklärt, man wolle ja etwas anderes und der Vorschlag der Opposition sei ja gar nicht so schlecht, aber leider könne man ja nicht, denn der jeweilige Koalitionspartner spiele nicht mit und es gäbe ja den Koalitionsvertrag. Irgendwann sollten sich SPD und CDU dann einfach mal fragen, ob man denn noch den richtigen Koalitionspartner hat. Denn sonst blockiert man sich, und eine Blockadepolitik führt eben dazu, dass nur verwaltet wird und die Gestaltung auf der Strecke bleibt.

Schulen und Hochschulen

Im Bildungsbereich hat das Land theoretisch den größten Gestaltungsspielraum. Diesen nutzt die Regierung jedoch hauptsächlich, um Verunsicherung und Chaos zu stiften. So werden die Mittel für Schulen in freier Trägerschaft zusammengestrichen und das wichtige Inklusionsprojekt auf die lange Bank geschoben. Bei der Finanzierung der Hochschulen herrscht totales Chaos, weil der Bildungsminister scheinbar anders rechnet als die Hochschulen, sodass nun Wirtschaftsprüfer hinzugerufen werden müssen. Ein wahrscheinlich einzigartiger Vorgang in der Republik. Was fehlt, ist der Mut zu einer gestaltenden und innovativen Bildungs- und Hochschulpolitik. Einer Schulpolitik, die reformpädagogisch ausgerichtet ist und Integration gewährleistet, die Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern ernst nimmt, und einer Hochschulpolitik, die die Chancen nutzt, junge, qualifizierte Menschen an Mecklenburg-Vorpommern zu binden.

Infrastruktur

Auch im Bereich der Infrastruktur setzt die Regierung völlig falsche Prioritäten. Anstatt den Flughafen Rostock-Laage und diverse Regionalflughäfen mit Millionenbeträgen künstlich am Leben zu erhalten, sollte der Nahverkehr gestärkt werden. Stattdessen werden ganze Regionen im Süden unseres Landes vom Schienenverkehr abgekoppelt. Gerade für die Entwicklung der ländlichen Räume wäre eine innovative und nachhaltige Nahverkehrspolitik wichtig. Ganz nebenbei wären so auch die größeren Flughäfen Hamburgs und Berlins besser zu erreichen.

Kommunen

Das Land saniert sich auf Kosten der Kommunen – und die Regierung brüstet sich mit einer angeblich nachhaltigen Finanzpolitik. Dieser Taschenspielertrick wird geflissentlich verschwiegen. So werden den Kommunen Lasten in zweistelliger Millionenhöhe aufgebürdet, die eigentlich vom Land bezahlt werden müssten. Deshalb sind die kommunalen Verantwortungsträger hauptsächlich mit Streichlisten beschäftigt, anstatt Kommunalpolitik vor Ort zu gestalten.

Dies sind nur einige Beispiele für die aus Sicht unserer Fraktion verfehltete Haushaltspolitik der Landesregierung. So sorgte die Regierung in letzter Zeit für – wahrscheinlich unfreiwillige – Bürgerbeteiligung: Nahezu wöchentlich finden Demonstrationen vor dem Landtag statt. Zuletzt zum Beispiel durch Hochschulangehörige für eine bessere Finanzierung der Hochschulen und zahlreiche Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt der Südbahn.

Für uns bleibt nur eine Erkenntnis aus dem vorliegenden Haushalt: Der Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft sieht anders aus!

Finanzpolitische Schaumschlägerei

Dem Zahlenwerk stehen erhebliche Haushaltsrisiken gegenüber



Foto: Angelika Lindenbeck

„Dass wir Nationaldemokraten einem Mogelhaushalt nicht zustimmen können, versteht sich von selbst.“

Udo Pastörs,
Vorsitzender der NPD-Fraktion, in der allgemeinen
Aussprache zum Haushaltsplan 2014/2015

Die Eckdaten zum Doppelhaushalt 2014/2015 sind schnell aufgezählt:

7,3 Milliarden Euro pro Jahr stehen als Etat zur Verfügung. Die Verschuldung Mecklenburg-Vorpommerns liegt derzeit bei 10,3 Milliarden Euro – und hieran wird sich wenig ändern. Pro Jahr wird das Land rund 350 Millionen Euro an Zinsen zahlen.

Dem Zahlenwerk stehen erhebliche Haushaltsrisiken gegenüber. Die eingeplanten Steuereinnahmen beruhen auf Schätzungen, und auch was die geplante Neuordnung des Länderfinanzausgleichs letztlich bringt, steht noch in den Sternen. Zudem laufen bis 2019 die Solidarpaktmittel aus, und die EU-Fördermittel fallen in der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 deutlich geringer aus als bisher.

Die derzeitige Ausgleichsrücklage des Landes in Höhe von 765 Millionen Euro könnte durch zusätzliche Steuereinnahmen aus 2013 auf über 800 Millionen Euro in 2014 anwachsen. Aber diese Gelder sind nicht physisch vorhanden, liegen in keinem Tresor zur Verwendung bereit. Vielmehr darf man sich die Ausgleichsrücklage vorstellen, wie eine nicht ausgeschöpfte Kreditlinie des Landes.

Nach Plänen der Landesregierung soll sich das strukturelle Defizit schon im kommenden Haushaltsjahr in einen Überschuss wandeln. Dies wäre angesichts der Tatsache, dass das

Land ab 2020 die eigenfinanzierten Investitionen in Höhe von 350 Millionen Euro aus der laufenden Rechnung finanzieren muss, auch dringend erforderlich. Ob diese Rechnung aufgeht, darf abgewartet werden.

Und wie bei allen öffentlichen Haushalten findet die implizite Verschuldung des Landes keinerlei Berücksichtigung. Zwar hat man in Mecklenburg-Vorpommern für alle seit dem Jahr 2008 neu beschäftigten Beamten und Richter ein kapitalgedecktes Versorgungssystem geschaffen, für die „Altlasten“, also jene Landesbediensteten, die vor diesem Zeitpunkt bereits in Lohn und Brot des Landes standen, fehlen die notwendigen Rücklagen. Hier lauern künftige Versorgungsausgaben in Höhe von 4,8 Milliarden Euro – Deckung ungewiss!

Der NPD-Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag, Udo Pastörs, nutzte die Haushaltsdebatte zur Generalabrechnung mit der Landesregierung. Angesichts der Rahmenbedingungen kann die Regierungskoalition die zur Schau gestellte politische Schwerpunktbildung mangels echter finanzieller Verfügungsmasse gar nicht wirklich umsetzen. Man kann bestenfalls kleine Stellschrauben justieren, alles andere ist finanzpolitische Schaumschlägerei.

Die 60 Änderungsanträge der NPD-Fraktion zum Doppelhaushalt 2014/2015 wurden allesamt abgelehnt.

Schuldenbremse

2009 wurde im Grundgesetz eine gemeinsame Schuldenregelung für Bund und Länder festgeschrieben (Artikel 109 Abs. 3). Danach sind Bund und Länder verpflichtet, ihre Haushalte grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.

Anders als für den Bund enthält die geänderte Regelung für die Länder keinen Spielraum, in Krisensituationen von diesem Verbot abzuweichen. Allerdings gilt für sie eine Übergangsfrist bis Ende 2019, um ihre Haushalte schrittweise an die Vorgaben ab 2020 anzupassen.

Mecklenburg-Vorpommern nutzt diese Möglichkeit nicht, da es sich seit 2006 mit den jeweiligen Haushaltsgesetzen das Verbot der Nettoneuverschuldung selbst auferlegt.

Um auch in Zukunft eine nachhaltige Finanzpolitik ohne neue Schulden zu gewährleisten und gleichzeitig den Vorgaben des Grundgesetzes gerecht zu werden, hat Mecklenburg-Vorpommern 2011 die Schuldenbremse als eigene Regelung mit Wirkung ab dem Jahr 2020 in der Landesverfassung verankert. Dabei hat der Gesetzgeber die im Grundgesetz fest umrissenen Ausnahmefälle in Landesrecht übernommen. Lediglich bei Konjunkturkrisen, Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen können temporär Kredite aufgenommen werden, die jedoch – anders als bislang – anschließend vollständig zu tilgen sind.

Stärkung des Ehrenamts

Landtag beschließt neues Gesetz
für Weiterbildungen

Die politische Weiterbildung von Arbeitnehmern und deren Qualifizierung für ehrenamtliche Tätigkeiten soll künftig bei der Landesförderung stärker im Vordergrund stehen. Der Landtag hat am 12. Dezember mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entsprechende Änderungen des Bildungsfreistellungsgesetzes beschlossen. DIE LINKE, deren Änderungsantrag abgelehnt wurde, enthielt sich bei der Abstimmung. Die NPD stimmte gegen das neue Gesetz.

Der gesetzliche Anspruch auf Bildungsurlaub ist nun nicht mehr an die Bereitstellung staatlicher Beihilfen gebunden. Insgesamt bekommen Unternehmer in Mecklenburg-Vorpommern für die private Weiterbildung ihrer Mitarbeiter im Beruf weniger Finanzhilfe vom Land. Demnach steht nur noch ein Drittel der vom Land bereitgestellten Fördermittel für berufliche Lehrgänge zur Verfügung. Pro Freistellungstag werden pauschal 55 Euro erstattet. Für die politische Weiterbildung und Ehrenamts-Qualifizierungen aber werden von 2014 an 110 Euro pro Tag gewährt.

Laut Gesetz stehen jedem Arbeitnehmer jährlich bis zu fünf Tage Freistellung für die private Weiterbildung zu. Dieser Anspruch werde zukünftig das gesamte Jahr hindurch bestehen und unabhängig sein von den für die Erstattung vorgesehenen Haushaltsmitteln, sagte der CDU-Politiker **Torsten Renz**, der als stellvertretender Vorsitzender des Bildungsausschusses die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung empfahl.



Im Jahr 2013 hatte das Bildungsministerium 188.000 Euro bereitgestellt, um Arbeitgebern auf Antrag die Lohnkosten zu ersetzen. Die Landesmittel seien bislang immer schon nach wenigen Monaten ausgeschöpft gewesen, so dass viele Anträge abgelehnt werden mussten. Von 441 Anträgen im Jahr 2013 sind den Angaben zufolge bis Mai 336 bewilligt worden, dann war der Fonds ausgeschöpft.

Ziel der Gesetzesänderung sei die Stärkung des Ehrenamts, sagte die SPD-Abgeordnete **Dr. Margret Seemann**. „Dieser Bereich wird nun vor dem Wettrennen mit Betrieben geschützt.“ Berufliche Fortbildung gehöre zudem zu „einer guten Personalpolitik“ und müsse vom Unternehmen getragen werden. Dass sich das Land entgegen den ursprünglichen Plänen nicht gänzlich aus der Förderung der beruflichen Weiterbildung zurückziehe, solle vor allem kleinen Firmen zugutekommen. Der gesetzliche Anspruch auf Bildungsurlaub bleibt bestehen und ist nicht mehr an die Bereitstellung staatlicher Beihilfen gebunden.

DIE LINKE sieht nach Angaben ihres arbeitsmarktpolitischen Sprechers **Henning Foerster** das neue Gesetz mit gemischten Gefühlen. Positiv sei, dass nun ein tatsächlicher Anspruch auf Freistellung für die Weiterbildung existiere, weil der Freistellungsanspruch von den vorhandenen Haushaltsmitteln entkoppelt wurde. „Gleiches gilt für die Entbürokratisierung des Verfahrens“, sagte Foerster. Doch würden Beschäftigte mit einer längeren Wochenarbeitszeit schlechter gestellt als bisher. Außerdem sei eine Differenzierung nach Betriebsgrößen nötig. Für Firmen mit bis zu zehn Mitarbeitern müsse der Erstattungsanspruch für die berufliche Weiterbildung erhalten bleiben. Ein entsprechender Änderungsantrag seiner Fraktion fand jedoch nur die Zustimmung von Linken und Grünen.

Der NPD-Abgeordnete **David Petereit** lehnte die Gesetzesänderung im Namen seiner Fraktion ab. Die Regelungen zur Förderung des Ehrenamtes seien zwar unterstützenswert. Aber die starke Fokussierung auf die politische Weiterbildung könne nicht die Zustimmung der NPD finden.

Ulrike Berger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kritisierte die Einschränkungen für die Bildungsfreistellung, die von den Koalitionsfraktionen ihrer Einschätzung nach erst in letzter Minute vorgenommen wurden. „Wir hätten uns zum Beispiel vorstellen können, dass die Erstattungen des Landes auf kleinere Betriebe beschränkt bleiben“, sagte sie. „Das hätte die Unternehmen geschützt, ohne den Freistellungsanspruch zu reduzieren.“ Auch könne von der angestrebten „Entbürokratisierung“ nun keine Rede mehr sein. Ihre Fraktion werde dennoch zustimmen, da dieses neue Gesetz dennoch die bisherige Situation verbessert.

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 6/2122

Beschlussempfehlung und Bericht des Bildungsausschusses

Drucksache 6/2439

Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/2570



Auch viele Rettungsschwimmer sorgen ehrenamtlich für die Sicherheit der Badegäste.

Foto: Jens Büttner

Abb. oben: Die neue Ehrenamtsnadel, die Ministerpräsident Erwin Sellering zum Tag des Ehrenamts 2013 erstmals vergeben hat.

Lehrerbildungs- gesetz beschlossen

Kontroverse Debatte zu Seiteneinsteigern

Mecklenburg-Vorpommern erleichtert Junglehrern aus anderen Bundesländern und Seiteneinsteigern ohne pädagogische Ausbildung den Weg in die Schulen des Landes. Der Landtag beschloss am 12. Dezember dazu ein neues Lehrerbildungsgesetz. Demnach werden Lehramtsabschlüsse aus anderen Bundesländern nach den Vorgaben der Kultusministerkonferenz nunmehr anerkannt.

Der Bildungsausschuss habe mehrere, meist von der Koalition angeregte Änderungen aufgenommen. Damit seien wesentliche Verbesserungen erreicht worden, sagte **Torsten Renz**, stellvertretender Ausschuss-Vorsitzender. Die Opposition habe im Ausschuss nicht zugestimmt, sondern weitreichende Änderungen verlangt. Der Ausschuss empfehle mehrheitlich die Verabschiedung des geänderten Gesetzes. „Das Land ist künftig auf gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer auch aus anderen Bundesländern angewiesen. Wenn sie sich bei uns bewerben, dürfen sie keine Nachteile haben“, sagte Bildungsminister **Mathias Brodkorb**. Durch das altersbedingte Ausscheiden vieler Pädagogen in den kommenden Jahren steigt der Nachwuchsbedarf im Land enorm. Das Durchschnittsalter der rund 11.000 Lehrer liegt bei knapp 50 Jahren. Der Minister verteidigte auch die Änderungen zugunsten sogenannter Seiteneinsteiger. Viele hätten ihre Fähigkeiten über Jahre hinweg unter Beweis gestellt und seien von den Kollegen anerkannt, müssten aber dennoch zum Teile erhebliche finanzielle Schlechterstellungen hinnehmen. „Aus welchem Grund sollten wir solche Kollegen noch mit zusätzlichen Prüfungen behelligen?“, fragte der Minister. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit solle auch an Schulen gezahlt werden.

Brodkorb wies Kritik der Opposition zurück und äußerte sich überzeugt, dass mit dem neuen Gesetz die Qualität der Lehrerausbildung steigt. So erhielten Lehramtsstudenten künftig Unterricht zum Datenschutz. Mentoren, die Referendare betreuen, müssen neben einem Lehramtsstudium auch eine fünfjährige Berufserfahrung vorweisen. Für die Betreuung der jungen Lehrer gebe es Anrechnungsstunden. Nach Ansicht von **Marc Reinhardt** (CDU) sind gerade die Berufsschulen auf Seiteneinsteiger angewiesen. Hier fehlen den Schätzungen nach rund 1.000 Lehrkräfte. Er sehe angesichts der Personallücke keine Alternative zu der neuen gesetzlichen Regelung. Im Einzelfall müsse die Schulleitung festlegen, ob weitere berufsbegleitende Qualifizierungen nötig sind. Der NPD-Abgeordnete **David Petereit** wies auf den drohenden Lehrermangel hin. Er befürchte aber eine Benachteiligung der Lehramts-Studenten, die unter anderem im didaktischen Bereich über eine bessere Ausbildung verfügen. Seine Fraktion lehne das Gesetz ab.

Die Frage des Seiteneinstiegs ist auch nach Auffassung von **Ulrike Berger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ein „zentrales Problem“. Dafür müssten mehrere Voraussetzungen erfüllt sein. Sie nannte unter anderem verbindliche Vorgaben für die berufsbegleitende Qualifizierung und entsprechende Programme. Insgesamt sollten die Hürden für Seiteneinsteiger hoch liegen, damit das reguläre Lehramtsstudium nicht entwertet werde. Ihre Fraktion habe im Ausschuss mehrere Änderungsanträge und vorgelegt, um den Gesetzentwurf zu verbessern. Die Koalition habe zu keinem einzigen Änderungsantrag das Wort ergriffen, bemängelte die Grünen-Abgeordnete.

Der schulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Andreas Butzki** verwies auf „klare verbindliche Regeln für Seiteneinsteiger“, die das neue Gesetz nun erstmals schaffe. Vor allem in den Beruflichen Schulen bestehe ein Bedarf an Praktikern. Diese müssten nun für den Erwerb einer dem Lehramt gleichgestellten Qualifikation eine mindestens siebenjährige hauptberufliche Lehrertätigkeit vorweisen. Grundlage für den Erwerb der Lehrerqualifikation sei die Einschätzung des Seiteneinsteigers durch die Schulleitung. Nur die Verantwortlichen vor Ort können seiner Ansicht nach eine reale Beurteilung abgeben.

Die Bildungsexpertin der Linken **Simone Oldenburg** hielt an ihrer Kritik fest. „Es ist nicht zu verstehen, warum Sie die Einstellung von Seiteneinsteigern ohne angemessene fachliche Qualifikation extrem fördern“, sagte sie und forderte eine Pflicht zur berufsbegleitenden Qualifizierung: „Es geht um Kinder. Da muss es eine Fortbildung geben.“ Ohne didaktische, pädagogische und methodische Vorkenntnisse sei ein hochwertiger Unterricht nicht möglich. Mit dieser Möglichkeit mache die Koalition die „wirklich positive Regelung der Anerkennung der Lehramtsabschlüsse“ wieder zunichte. Zudem beklagte sie, dass sich die Lehrerausbildung an den Universitäten in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin an Schularten orientiere und nicht an Bildungsgängen. Einen Wandel hätten auch Fachleute in den Anhörungen gefordert, bei den Regierungsfraktionen damit aber kein Gehör gefunden.

Die Änderungsanträge der Opposition fanden keine Mehrheit im Parlament.

Drucksachen 6/2230 und 6/2440

Änderungsanträge DIE LINKE 6/2562 bis 2565



Foto: Jens Büttner

EU-Flüchtlingspolitik

Mehrheit lehnt Antrag der Grünen ab

„Lampedusa muss ein Wendepunkt in der europäischen Flüchtlingspolitik sein“, forderte die Sprecherin für Flüchtlingspolitik der Grünen Silke Gajek am 13. Dezember im Landtag. „Die Tragödien, die sich an den europäischen Außengrenzen und insbesondere im Mittelmeer abspielen, sind eine direkte Auswirkung der europäischen Flüchtlingspolitik. Immer schärfere Grenzkontrollen haben zur Folge, dass die Flüchtlinge auf immer gefährlichere Fluchtrouten ausweichen“, sagte die Abgeordnete bei der Begründung des gleichlautenden Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag fand aber keine Mehrheit im Landtag.

Die Landesregierung solle sich auf Bundes- und Europa-Ebene dafür einsetzen, das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates einzuführen, sagte **Silke Gajek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). „Staaten, in deren Hoheitsgebiet auf See gerettete Personen an Land gehen, können nicht die alleinige Verantwortung für die dann durchzuführenden Asylverfahren tragen“, heißt es in dem Antrag der Grünen. „Wir wollen, dass Flüchtlinge insbesondere nicht in Länder abgeschoben werden, in denen weder ihre Unterbringung noch ihre Versorgung gewährleistet ist“, betonte Silke Gajek.

„Das schreckliche Schiffsunglück von Lampedusa hat die Menschen in ganz Europa erschüttert“, sagte Innenminister **Lorenz Caffier**. Doch sei das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern nicht der richtige Ansprechpartner in dieser Frage. „Asylrecht wird auch in Zukunft zu großen Teilen auf europäischer Ebene geschaffen“, betonte der Minister. Mit gutem Grund werde an dem Grundsatz festgehalten, dass diejenigen Mitgliedsstaaten, über die ein Flüchtling aus einem Drittstaat einreist, auch die Verantwortung für das Asylrecht und für das Asylverfahren übernehmen. Diese Praxis führt seinen Worten nach nicht zu einer Überlastung der EU-Grenzstaaten. „Während in Deutschland als Mitgliedsstaat ohne Außengrenze auf eine Million Einwohner 946 Flüchtlinge kommen, sind es in Italien beispielsweise nur 260“, sagte der Minister.

In den vergangenen 25 Jahren sei das Mittelmeer fast zu einem Massengrab geworden, sagte die Sprecherin für Integrationspolitik der SPD-Fraktion **Martina Tegtmeier**. Annähernd 20.000 Flüchtlinge haben ihren Worten nach dort ihr Leben gelassen. Sie sehe die europäische Asylpolitik differenzierter als der Innenminister, machte sie deutlich. Als Reaktion auf die anhaltende Tragödie schlage die EU lediglich Maßnahmen vor, die eher dem Schutz der Grenzen dienen als dem Schutz der Flüchtlinge. Sie nannte als Beispiele das neue Grenzüberwachungssystem Eurosur, das den Luftraum über dem Mittelmeer mit Satelliten überwacht, und Pläne, ein zentrales elektronisches Grenzregister einzuführen. Nach der UN-Menschenrechtskonvention habe jeder Mensch das Recht, sein Land zu verlassen. „Aber das Recht, irgend-

wo anzukommen, das hat er anscheinend nicht“, sagte sie. Die EU-Flüchtlingspolitik treibe die Menschen von einem Unglück ins nächste, befürchtet **Dr. Hikmat Al-Sabty** (DIE LINKE). Dabei habe jemand, der sein Land verlässt, triftige Gründe. Diese seien oft Unterdrückung, Diskriminierung oder sogar Lebensgefahr. „Den Menschen bleibt nur eine Lösung, und zwar, auf einem äußerst gefährlichen Weg zu flüchten, weil es keinen anderen Ausweg gibt“, sagte der im Irak geborene Politiker. „Wir brauchen in Europa eine humane Asyl- und Migrationspolitik, aber auch einen Neuanfang in der Entwicklungspolitik, um das Leben in den Herkunftsländern zu verbessern“, forderte er. „Wenn wir weitere Tragödien an den europäischen Außengrenzen vermeiden wollen, dann muss sich die Landesregierung auf Bundes- und EU-Ebene für ein einheitliches Asylverfahren beziehungsweise Asylsystem mit menschenwürdigen Prinzipien einsetzen“, sagte Al-Sabty.

Weltweit seien rund 45 Millionen Menschen auf der Flucht, sagte **Michael Silkeit** (CDU). Allerdings dürfe das Unglück von Lampedusa nicht zum Anlass genommen werden, dem Europäischen Rat zu unterstellen, er würde nicht handeln. So wolle das Gremium enger mit den Herkunfts- und Transitländern zusammenarbeiten, um die Gründe, die zur Flucht von Millionen Menschen führen, zu bekämpfen. Auch die rasche Einführung des neuen Grenzüberwachungssystems Eurosur trägt seiner Meinung nach zum Schutz von Flüchtlingen bei. Von jährlich rund 300.000 Asylanträgen in der EU entfallen seinen Worten nach rund 20 Prozent auf Deutschland. Das Land nehme also seine Verantwortung wahr in Europa. Eine freie Wahl des Aufenthaltslandes würde jedoch zu „unkontrollierbaren Menschenbewegungen führen, mit denen einzelne Mitgliedsstaaten hoffnungslos überfordert wären“, sagte Silkeit.

Der NPD-Abgeordnete **Tino Müller** forderte, die Grenzen „ab sofort“ dicht zu machen. „Grenzen dicht für alle Asylschnorrer, die nach unserem Lebensraum trachten“, sagte er. *Drucksache 6/2396*

Sitzungsausschluss

Wegen rassistischer Äußerungen im weiteren Verlauf seiner Rede entzog Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider dem Abgeordneten Tino Müller das Wort. Er hatte zuvor bereits Ordnungsrufe erhalten. Die NPD-Abgeordneten Stefan Köster und Michael Andrejewski wurden wegen ausländerfeindlicher Bemerkungen und Beleidigung nach mehrmaligen Ermahnungen und Ordnungsrufen des Saales verwiesen. Köster, der in der Debatte zunächst die Rede seines Fraktionskollegen fortsetzte, hatte unter anderem gesagt, dass Europa wieder zu „einer Festung gegen Überfremdung“ werden müsse. Als die Präsidentin dagegen einschritt, wurde sie von Köster beschimpft, und auch Andrejewski kommentierte in unzulässiger Weise ihre Amtsführung. Insgesamt ergingen im Zusammenhang mit der Asyldebatte innerhalb weniger Minuten sieben Ordnungsrufe an NPD-Abgeordnete. Der Ältestenrat schloss Stefan Köster anschließend für zusätzliche drei Sitzungen aus.

Glyphosat-Einsatz

Landtag lehnt Verbot des Pflanzenschutzmittels ab

Linke und Grüne warnten in einer Agrar-Debatte im Landtag vor dem bedenkenlosen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat. Dieser schädigt die Gesundheit und sei bereits im menschlichen Körper nachgewiesen, hieß es in der Diskussion zu Anträgen, die beide Fraktionen am 12. Dezember vorlegten. Während die Linke den Einsatz von Glyphosat beschränken will, forderten die Bündnisgrünen dessen völliges Verbot. Das Parlament überwies den Antrag der Linken einstimmig zur Beratung in den Agrarausschuss. Die Grünen scheiterten sowohl mit ihrem Änderungsantrag als auch mit einem weitergehenden Antrag, in dem unter anderem mehr Kontrollen im Bereich Pflanzenschutz und eine Reduzierung der Belastung von Gewässern durch chemische Mittel gefordert wurden.

„Die Dosis macht das Gift“, erklärte der agrarpolitische Sprecher der Linksfraktion, **Prof. Dr. Fritz Tack**. Er forderte eine sparsame und qualifizierte Anwendung. Noch seien nicht alle Risiken und Nebenwirkungen bekannt. Vor allem dürfe der Wirkstoff nicht zur Beschleunigung der Erntereife in der Landwirtschaft eingesetzt werden, auch nicht an Straßen, Wegen, Eisenbahnanlagen und in Kleingärten. „Ein grundsätzliches Verbot sollte für die Anwendung in der Landwirtschaft gelten, die nicht den Grundsätzen der Guten Fachlichen Praxis des Pflanzenschutzes entspricht“, betonte er. Das Mittel gehöre nicht in die Hände von Laien und auch nicht auf gepflasterte Flächen, von denen es schnell in Bäche oder Teiche geschwemmt werden kann. „Ich gehe davon aus, dass es noch vor der nächsten Ernte zu einer Umsetzung der Verbote kommt“, sagte Tack.

Die umwelt- und agrarpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, **Dr. Ursula Karlowski**, sagte, das Land habe auch selbst einen großen Handlungsspielraum und die Pflicht, mit eigenen Maßnahmen die menschliche Gesundheit und das Leben in den Gewässern zu schützen. Glyphosat schädige nach Angaben von Umweltschützern unter anderem die menschlichen Embryonal- und Plazentazellen sowie die DNA von Menschen und Tieren und stehe auch im Zusammenhang mit Krankheiten wie Alzheimer. Eine Studie der Universität Koblenz-Landau zeige, dass es schon beim vorschriftsmäßigen Gebrauch vieler Pflanzenschutzmittel zu einer nahezu hundertprozentigen Sterberate von Amphibien komme. Bester Pflanzenschutz findet ihrer Überzeugung nach im Biolandbau statt. Aber auch die konventionelle Landwirtschaft kenne verträglichere Verfahren.

Agrarminister **Dr. Till Backhaus** wies auf die Bedeutung von Pflanzenschutzmitteln für die Gesunderhaltung von Pflanzen hin. „Es geht hier also auch um die Sicherung des Erntegutes in der Landwirtschaft – zugespitzt: um unser täglich Brot“, sagte er. Das bedeute aber auch, regelmäßig die



Labortuntersuchung von Getreidekörnern auf Rückstände von Pflanzenschutzmitteln.
Foto: Jens Büttner

Risiken von Pflanzenschutzmitteln neu zu bewerten, auch des Wirkstoffs Glyphosat. Dies geschehe derzeit auf EU-Ebene. Er wolle mit dazu beitragen, das Bewertungsverfahren zu beschleunigen. Er sprach sich gegen einen Alleingang Deutschlands mit einem Verbot aus.

Bei Glyphosat handelt es sich **Stefan Köster** (NPD) zufolge um das weltweit am häufigsten verwendete Herbizid. Die Gefahren seien der Politik und den Behörden bekannt. „Doch die Chemiekonzerne verdienen viel Geld damit“, sagte der NPD-Politiker. Hochgefährliche Pestizide seien jedoch äußerst schädlich für Umwelt und Gesundheit. „Wir stimmen beiden Anträgen zu“, sagte Köster.

Der CDU-Abgeordnete **Burkhard Lenz** warnte davor, die Landwirte aus konventionellen Betrieben zu kriminalisieren. Dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteilte er eine klare Abfuhr. „Dem Antrag der Linken schließen wir uns an“, sagte der umweltpolitische Sprecher seiner Fraktion.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/2420

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/2568

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/2397

Glyphosat

Glyphosat ist eine chemische Verbindung aus der Gruppe der Phosphonate. Pflanzenschutzmittel, die den Wirkstoff Glyphosat enthalten, gehören weltweit zu den am häufigsten eingesetzten Herbizidprodukten. In einigen Ländern werden Glyphosat-haltige Herbizide nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch für die Unkrautbekämpfung in Gärten, auf unkultivierten Industrieflächen und zur Verkehrssicherung von Bahnstrecken eingesetzt. Die EU-Zulassung für Glyphosat erfolgte 2002. Gemäß den gesetzlichen Vorgaben der EU läuft derzeit das turnusmäßige Wiederzulassungsverfahren, das voraussichtlich 2015 abgeschlossen wird.

Weitere Beschlüsse des Landtages

Bericht zu Petitionen

Ärger mit dem Bauantrag, Unterrichtsausfall, Verzögerungen bei der Straßensanierung – der Petitionsausschuss nahm sich auch im vergangenen Jahr der Sorgen und Nöte der Bürger an. Am 12. Dezember erstattete der Petitionsausschuss Bericht über seine Arbeit im Zeitraum von Anfang August bis Ende Oktober 2013. In diesem Quartal erreichten 140 Eingaben den Petitionsausschuss, wie dessen Vorsitzender **Manfred Dachner** sagte. 15 Beschwerden betrafen kulturelle Angelegenheiten, 13 das Verkehrswesen und elf den Bereich Bildung. Die regelmäßige Berichterstattung ist gesetzlich verankert. Der vorgelegte Bericht wurde vom Parlament mehrheitlich angenommen.

Drucksache 6/2436

Geldprämien für Feuerwehrleute



Foto: Jens Büttner

Langjährige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren in M-V können künftig nicht mehr nur ideell mit Orden, sondern auch finanziell gewürdigt werden. Der Landtag verabschiedete am 12. Dezember ein Brandschutz-Ehrenzeichen-Gesetz der Landesregierung, nach dem Feuerwehrleute für zehn Jahre Dienstzugehörigkeit 100 Euro, für 25 Jahre 200 Euro und für 40 Jahre 250 Euro erhalten. Damit solle die Personalbindung in den Wehren erhöht und deren Einsatzbereitschaft trotz rückläufiger Einwohnerzahlen erhalten werden, hieß es zur Begründung. Ein Änderungsantrag der NPD wurde abgelehnt.

Drucksachen 6/2317 und 6/2434

Änderungsantrag NPD 6/2554

Theaterfinanzierung

Das Geld für die Theater wird anders verteilt. Der Landtag beschloss am 11. Dezember mit den Stimmen der Regierungsparteien SPD und CDU dazu Änderungen am Finanzausgleichsgesetz (FAG), das die Finanzbeziehungen

zwischen Land und Kommunen regelt. Der Landesanteil an der Theaterfinanzierung in Höhe von jährlich 24,9 Millionen Euro wird von 2014 an aus dem FAG genommen und dem Kultusministerium direkt zur Verteilung übertragen. Zudem wurden weitere Änderungen beschlossen, die kleinere Anpassungen betreffen. So sollen die einwohnerbezogenen Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Städte zulasten der Kreise leicht angehoben werden. Dafür bekommen die Kreise im Jahr gut 14 Millionen Euro mehr zur Erfüllung der ihnen vom Land übertragenen Aufgaben. Sie erhalten zudem extra Landeszuschüsse, um die Vermögensauseinandersetzungen mit ehemals kreisfreien Städten wie Wismar oder Stralsund vollziehen zu können. Die Opposition, die gegen das Gesetz stimmte, forderte höhere Zuweisungen an die Kommunen und eine grundlegende Reform des Finanzausgleichsgesetzes.

Drucksachen 6/2210 und 6/2435

Glücksspiel-Gesetz

Der Landtag hat am 12. Dezember neue Regelungen zum Glücksspiel beschlossen. Ein Bundesgesetz hatte aus Gründen der Suchtprävention Mindestabstände zwischen Spielhallen und zu Spielbanken von 500 Metern vorgesehen. In M-V sind Spielbanken nun von der Abstandsregelung ausgenommen. Sonst sei es schwer, attraktive Standorte in den Innenstädten für Spielbanken zu finden, hieß es zur Begründung.

Drucksachen 6/2202 und 6/2422

Ausbildungsförderung



Foto: Jens Büttner

Die Landkreise und kreisfreien Städte in M-V können bei der Bearbeitung von Förderanträgen für die Ausbildung künftig enger zusammenarbeiten und bei Bedarf ein gemeinsames Amt für Ausbildungsförderung gründen. Der Landtag hat diese und weitere Regelungen in einem Gesetz am 12. Dezember verabschiedet.

Drucksachen 6/2270 und 6/2438

Ostseeparlamentarier-Konferenz

Der Landtag stimmte am 12. Dezember den Beschlüssen der 22. Ostsee-Parlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) zu. Das Gremium hatte mit rund 200 Teilnehmern aus den Anrainerstaaten der Ostsee im August 2013 in Estland getagt. Dabei ging es unter anderem um die weitere Zusammenarbeit in der Ostsee-Region, um Wirtschaftswachstum und Energieeffizienz. Das Engagement des Landtages bei der Zusammenarbeit im Ostseeraum begründete sich in der Überzeugung, „dass es für unser vergleichsweise kleines Land unabdingbar ist, in einem starken, grenzüberschreitenden Verbund unsere regionalen Interessen zu vertreten“, sagte Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** in ihrer Antragsbegründung. Sie hob insbesondere die von der BSPC geforderten Investitionen in neue Meerestechnologien hervor. „Die Entwicklung von neuen, sauberen Technologien ebenso wie die Nutzung der besten derzeit vorhandenen Technologien tragen dazu bei, die Sicherheit im Seeverkehr zu gewährleisten“, betonte sie. Aus diesem Grund habe sich die Delegation des Landtages zum Beispiel für die Schaffung einer neuen „Plattform für grüne Technologie und alternative Treibstoffe im Bereich der Seeschifffahrt“ eingesetzt und dies als Forderung in der Resolution verankert.

Der Landtag M-V habe sich mit seiner konstruktiven Arbeit in der Konferenz ein hohes Maß an Vertrauen erarbeitet, sagte Sylvia Bretschneider weiter. Dies zeige sich auch in der Entscheidung, die Gastgeberrolle für die Jahreskonferenz 2015 Mecklenburg-Vorpommern zu übertragen.

Dem Antrag stimmten die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geschlossen zu. Die NPD stimmte dagegen.

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 6/2394

Neue Zuständigkeit für BBL

In Mecklenburg-Vorpommern wechselte nach der Landtagswahl die Zuständigkeit für das Sondervermögen Betrieb für Bau und Liegenschaften (BBL). War bis dahin das Bauministerium zuständig, ist es nun das Finanzministerium. Eine entsprechende Gesetzesänderung hat der Landtag am 12. Dezember beschlossen. Das Plenum beschloss zudem den Aufbau eines Geschäftsbereichs für den Hochschul- und Klinikbereich in Rostock mit einer Außenstelle in Greifswald. Ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fand keine Mehrheit.

Drucksachen 6/2232 und 2432

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 6/2567

Staatsvertrag Dataport

Die Anstalt des öffentlichen Rechts Dataport kann künftig auch von Sachsen-Anhalt genutzt werden. Dem dafür nötigen Staatsvertrag stimmte der Landtag auf seiner Sitzung am 12. Dezember zu. Dataport ist bislang der Informations-

und Kommunikations-Dienstleister der öffentlichen Verwaltung für die Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen sowie für die Steuerverwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen gewesen. Die Anstalt wurde aufgrund eines Staatsvertrages zum 1. Januar 2004 gegründet und hat ihren Sitz in Altenholz bei Kiel mit Niederlassungen in Hamburg, Rostock, Bremen und Lüneburg. Sie ging unter anderem aus dem Landesamt für Informationstechnik (LIT) in Hamburg und der Datenzentrale Schleswig-Holstein hervor. Nun gehören Dataport sechs Bundesländer an.

Drucksachen 6/2331 und 6/2433

Kein zusätzlicher Feiertag

Die NPD scheiterte am 12. Dezember im Landtag in Zweiter Lesung mit einem Entwurf zum Feiertagsgesetz. Nach dem Willen der NPD-Fraktion sollte ein Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung jährlich am zweiten Sonntag im September gesetzlich verankert werden. Deren Schicksal werde nicht ausreichend berücksichtigt, hieß es zur Begründung. Das Ansinnen wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt. Der Gesetzentwurf war am 4. September 2013 in Erster Lesung im Plenum behandelt worden. Eine Überweisung in die Ausschüsse war danach abgelehnt worden. Laut Geschäftsordnung des Landtages muss in einem solchen Fall ein Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt werden.

Drucksache 6/2135

Ehemalige Abgeordnete im Landtag zu Gast

In der letzten Dezember-Sitzungswoche begrüßte Sylvia Bretschneider ehemalige Mitglieder des Landtages M-V im Schweriner Schloss. Die „Ehemaligen“ gehörten zu den Gästen der traditionellen Weihnachtsfeier des Landtages im Innenhof des Schlosses und verfolgten auch das Weihnachtskonzert in der Schlosskirche. Viele von ihnen waren aus diesem Anlass zum ersten Mal wieder in der strahlend schönen Kirche. Die weiteste Anreise hatte die frühere Linke-Abgeordnete Gabriele Měšť'an, die nach ihrem Ausscheiden aus dem Landtag zu ihrem Ehemann nach Ceske Budejovice (Tschechische Republik) gezogen war.



Foto: Landtag M-V

Mandatswechsel

Zwei neue Gesichter in der SPD-Fraktion

Foto: Cornelius Kettler



Seit dem 10. Januar 2014 ist **Susann Wippermann** aus Ribnitz-Damgarten Mitglied des Landtages. Sie rückte von der Landesliste der SPD zur Landtagswahl 2011 für Dr. Margret Seemann in das Landesparlament nach. Dr. Margret Seemann hatte mit Wirkung zum 31.12.2013 ihr Landtagsmandat niedergelegt. Die 53-Jährige, die dem Landtag seit 1998 angehörte, war am 22. September 2013 zur Bürgermeisterin ihrer Heimatstadt Wittenburg (Landkreis Ludwigslust-Parchim) gewählt worden und trat ihr neues Amt mit Jahresbeginn an.

Foto: SPD-Fraktion



Zweite Nachrückerin über die SPD-Landesliste ist **Dagmar Kaselitz**. Sie folgt Manuela Schwesig nach. Die bisherige Landes-Sozialministerin gehörte dem Landtag seit der Wahl im September 2011 an und ist seit dem 17. Dezember 2013 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie hat am 14. Januar 2014 im Anschluss an die Sondersitzung gegenüber Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider den Verzicht auf ihr Landtagsmandat erklärt.

Die 54-jährige Dagmar Kaselitz kommt aus Penzlin (bei Waren/Müritz) und arbeitete dort seit 1990 in der Stadtverwaltung. Sie wird ihr Mandat am 29. Januar 2014 antreten.

Foto: Landtag M-V



Die SPD-Abgeordnete Dr. Margret Seemann, die auch viele Jahre Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung war, erklärte im Dezember 2013 ihren Mandatsverzicht zum Jahresende. Am 12. Dezember hatte sie im Rahmen einer bildungspolitischen Debatte zum letzten Mal am Rednerpult des Plenarsaales gestanden (siehe Seite 18). Im Anschluss würdigte die Landtagspräsidentin das parlamentarische Wirken ihrer langjährigen Fraktionskollegin und wünschte ihr für die Zukunft alles Gute.

Kabinettsumbildung

Neue Minister im Landtag vereidigt



Foto: Cornelius Kettler

Birgit Hesse, neue Sozialministerin von M-V, und **Christian Pegel**, neuer Energieminister, im Plenarsaal des Landtages, kurz bevor sie im Landesparlament ihren Amtseid ablegen.

Am 14. Januar trat der Landtag zu einer Sondersitzung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt: **Birgit Hesse**, neue Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales, und **Christian Pegel**, neuer Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, legten im Parlament gemäß Artikel 44 der Landesverfassung den vorgesehenen Amtseid ab. Zuvor hatte sie Ministerpräsident Erwin Sellering in sein Kabinett berufen.

Bisher Landrätin von Nordwestmecklenburg, übernahm die Juristin Birgit Hesse (38) das Amt von Manuela Schwesig, die im Dezember Bundesfamilienministerin wurde.

Christian Pegel (40), ebenfalls Jurist, wurde Nachfolger des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Volker Schlotmann. Bis zu seiner Ernennung zum Minister war Pegel Chef der Schweriner Staatskanzlei. Dieses Amt hat Dr. Christian Frenzel übernommen, der zuvor die Energieabteilung im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung geleitet hat.



Foto: Jens Büttner

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bedankt sich bei der scheidenden Abgeordneten Manuela Schwesig für die engagierte Arbeit.



Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp und Agrarausschuss-Vorsitzender Prof. Dr. Fritz Tack beim Besuch eines Milchviehbetriebes in Groß Nieköhr.

Foto: Landtag M-V

Stippvisite im Viehstall

Agrarausschuss bei Nutztierhaltern
in der Region Rostock

Wo drückt die Tierproduzenten im Lande der Schuh? Wie sieht es mit dem Tierschutz bei der Schweine-, Rinder- und Schafhaltung aus? Wie stellen sich die Tierhalter auf die Herausforderungen der Zukunft ein? Das waren einige der Fragen, die den Agrarausschuss bewegen haben, Ende 2013 mehrere Tierproduktionsbetriebe im Landkreis Rostock zu besuchen. Besonderes Augenmerk galt diesmal den Vierbeinern. Bereits zu Beginn der Legislaturperiode, im April 2012, hatte der Ausschuss ein ähnliches Programm in Geflügelhaltungen absolviert.

Erste Station war die Schweinezucht GbR Wiechmann in Pankelow (Gemeinde Dummerstorf). Der Betrieb hält etwa 500 Sauen, verkauft jährlich etwa 15.000 Ferkel und mästet 2.000 Schweine, die zum Teil in der betriebseigenen Landfleischerei verarbeitet sowie in der Region Rostock vermarktet werden. „Die Verantwortung als Arbeitgeber im Betrieb und für die Region sowie als Tierhalter gegenüber den

Nutztieren“, antwortete Betriebsleiter Ingo Wiechmann auf die Frage, warum seine Familie sich „bis über beide Ohren“ verschuldet, sich mit Wettbewerbsnachteilen gegenüber ausländischen Berufskollegen herumschlägt und bei allem noch Freude an der Arbeit in der Landwirtschaft empfindet. „Kein verantwortungsvoller Landwirt wird den Tieren, mit und von denen er lebt, wesentlich Schaden zufügen“, ergänzte er. Dem Ausschuss ist vermittelt worden, wie komplex täglich zu treffende Entscheidungen in einem Tierhaltungsbetrieb sind. Darin liegt – neben dem Fakt, dass in Landwirtschaft beschäftigte Arbeitnehmer im Durchschnitt 40 Prozent weniger Lohn als in anderen Branchen erhalten – einer der Gründe, warum es heute schwierig ist, junge Menschen als Berufsnachwuchs zu gewinnen.

„Den Abgeordneten wurde eindrucksvoll vermittelt, wie in einer modernisierten Altanlage unter Einhaltung der geltenden Tierschutzstandards mit großem Einsatz aller Beteiligten kostendeckend Schweine gehalten und gewinnbringend vermarktet werden“, so das Fazit des Ausschussvorsitzenden **Prof. Dr. Fritz Tack**.

Die nächste Station war die Schildt GbR in Groß Nieköhr, die in der Warbel-Niederung Milchvieh hält. Der Betrieb hatte infolge der starken Niederschläge des Sommers 2011 sehr unter der Überflutung des Niedermoorgrünlandes zu leiden. Die Folge waren eine halbe Million Euro Schaden, davon 300.000 Euro Kosten für die Neuansaat. Dementsprechend war es kein Wunder, dass die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie dort eines der Schwerpunktthemen war. Die Befürchtungen: Es könnten Flächen verloren gehen, die der Betrieb als Futtergrundlage für seine Kühe braucht, und es könnte die Bewirtschaftung der übrigen Flächen beeinträchtigt werden.

Seinen Abschluss fand das Besuchsprogramm in der von der Honzera und Schäfer GbR bewirtschafteten Schafscheune in Vietschow, die mit sehr viel persönlichem Engagement nach den Regeln des ökologischen Landbaus Milchschafe hält sowie Käse herstellt und vermarktet. Deutlich geworden ist, dass die Schafhaltung im Lande nicht nur ideeller Unterstützung bedarf, wenn dieser auch für die Landschaftspflege wichtige Zweig der landwirtschaftlichen Tierhaltung eine Zukunft haben soll.



Kinder können helfen

Landtag dankt Sternsängern mit Empfang im Schweriner Schloss

Er ist schon eine lange Tradition: Der Sternsinger-Empfang im Landtag Anfang eines jeden neuen Jahres. Kinder im ganzen Land freuen sich darauf, denn sie wissen: der Tag im schönsten Landtagssitz Deutschlands wird ein tolles Erlebnis.

Dafür hatten sich auch diesmal rund 120 Kinder und ihre Begleiter aus 27 katholischen und auch zwei evangelischen Kirchgemeinden auf dem Weg nach Schwerin gemacht. Hier schlüpfen sie extra noch einmal in ihre Sternsingerkostüme, mit denen sie beim diesjährigen Dreikönigssingen in ihren Heimatgemeinden von Haus zu Haus gezogen waren und Geld für notleidende Kinder in aller Welt gesammelt hatten. Diesmal stand die Aktion unter dem Motto „Segen bringen, Segen sein. Hoffnung für Flüchtlingskinder in Malawi und weltweit!“

„Ich glaube, niemand von euch und auch niemand von uns Erwachsenen kann sich wirklich vorstellen, was es bedeutet, vor Krieg, Hunger und Gewalt fliehen zu müssen“, sagte Landtag-Vizepräsidentin Beate Schlupp bei ihrer Begrüßung im Plenarsaal. „Besonders schlimm ist das für die Kinder, die vielleicht sogar ihre Eltern verloren haben und nicht wissen, wohin sie sollen und ob sie jemals wieder in ihr Dorf, zu Verwandten und Bekannten, zu ihren Freunden zurückkehren können“, fügte sie hinzu. Wer aber denke, Kinder könnten da doch sowieso nicht helfen, irre sich. „Indem ihr über das Schicksal von Altersgefährten in Malawi und anderen Ländern sprecht und Spenden für Hilfsprojekte sammelt, zeigt ihr Mitgefühl und Hilfsbereitschaft. Und damit gebt ihr auch den Flüchtlingskindern Hoffnung und Zuversicht!“ Beate Schlupp ermunterte die Kinder, auch weiterhin mitfühlend und hilfsbereit zu sein.

Anerkennung gab es auch von den Abgeordneten Silke Gajek (B'90/DIE GRÜNEN), Torsten Renz (CDU) und Henning Foerster (DIE LINKE), sowie von Weihbischof Norbert Werbs und Probst Holger Marquardt, die beim Treffen im Plenarsaal dabei waren. Nach einer Frage- und Antwort-Runde mit den Landespolitikern zog das Puppenspiel „Der Großvater“ die Sternsinger in seinen Bann. Das Mittagessen im Schlosscafé und ein Rundgang durch die historischen Räume des Schlossmuseums rundeten das Programm ab.

„Ich denke, es ist uns gelungen, Interesse für das Schloss und für seine heutige Funktion als Landtagssitz zu wecken“, so das Resümee von Vizepräsidentin Beate Schlupp. Besonders habe sie sich gefreut, dass die Kinder mit ihren Fragen an die Abgeordneten auch gezeigt hätten, dass sie schon gut über Politik Bescheid wissen. Alles in allem gute Gründe, die Tradition des Sternsinger-Empfangs im Landtag fortzusetzen.



Beim Sternsinger-Empfang wird im Plenarsaal mal nicht debattiert, sondern gesungen.



Landtag-Vizepräsidentin Beate Schlupp begrüßte die Sternsinger in Plenarsaal.



Puppenspielerin Karin Schmitt zeigte ihr Stück „Der Großvater“.



Fotos: Angelika Lindenbeck

Das macht Spaß – mal auf dem Platz der Landtagspräsidentin zu sitzen.



Kinder der Gemeinden St. Jacobus Grimmen und Maria Rosenkranzkönigin Demmin beim Aufsagen des Segensspruches der Sternsinger.



Silke Gajek von den Grünen erklärte, warum im Schloss immer noch gebaut wird.



An der Übersicht konnten sich die Kinder die Fotos der 71 Landtagsabgeordneten anschauen.



v.l. Vizepräsidentin Beate Schlupp, Probst Holger Marquardt, Weihbischof Norbert Werbs

Das wollten die Sternsinger von den Abgeordneten wissen:

Wie alt ist das Schloss? Wer hat es abgerissen? Wie lange hat es gedauert, das Schloss zu bauen? Ist das Gold auf dem Dach echt? Wie ist der Brand ausgebrochen? Warum wird immer noch am Schloss gebaut? Macht es Spaß, im Schloss zu arbeiten? Warum streiten sich die Politiker immer? Wie klappt die Zusammenarbeit der SPD und der CDU in der Koalition? Wie ist das mit dem Mindestlohn? Wie viele Flüchtlingskinder leben in Mecklenburg-Vorpommern?



Endlich! Nach mehrjähriger Unterbrechung durch die umfangreichen Bau- und Sanierungsarbeiten in der Schweriner Schlosskirche konnte im Dezember 2013 die traditionelle Weihnachtsfeier des Landtages erstmals wieder mit einem Konzert in dem Gotteshaus eröffnet werden. Der Chor der Schweriner Schlosskirchengemeinde stimmte aktuelle wie ehemalige Abgeordnete und zahlreiche Gäste des Landtages auf die Vorweihnachtszeit ein.

Am 15. Januar begrüßte Sylvia Bretschneider junge Sportakrobattinnen des Landesturnverbandes im Schweriner Schloss und gratulierte ihnen zu ihren herausragenden sportlichen Erfolgen. Trainerin Karola Mevius berichtete, dass Julia Neumann, Noel-Etienne Bohmann, Michelle Mausolf, Antonia Ristedt, Gofrahn Solh, Camille Herrmann und Lilly Kutta zusammen insgesamt elf Goldmedaillen bei Deutschen Meisterschaften gewinnen konnten und mehrere Sportlerinnen im vergangenen Jahr an der Europameisterschaft teilgenommen haben. Aktuell bereiten sich fünf der Akrobattinnen auf die Weltmeisterschaft Ende Juli in Paris vor. Mit dem Empfang setzte das Parlament die im vergangenen Jahr begründete Tradition fort, erfolgreichen Sportlerinnen und Sportlern des Landes Dank und Anerkennung auszusprechen, sagte Sylvia Bretschneider nach dem Treffen, an dem auch Kati Brenner vom Landesturnverband und Landtagsdirektor Armin Tebben teilnahmen.

Die Brüsewitzer Firma „DEG – Alles fürs Dach“ unterstützt die Arbeit des landesweit tätigen Vereins „WIR. Erfolg braucht Vielfalt e.V.“ durch den Kauf von Demokratieaktien mit dem Nennwert von insgesamt 2000,- Euro. Dirk Hillenhagen, stellvertretender Niederlassungsleiter, Niederlassungsleiter Ralf Holz und Verkaufsleiter Steffen Albers (v.l.) erhielten am Rande der Landtags-Weihnachtsfeier am 11. Dezember aus den Händen von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zwei Aktien.

Im Dezember übergab Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider im Zeitungsverlag Schwerin den Erlös einer Tombola zugunsten der Flutopfer-Hilfe der Schweriner Volkszeitung (SVZ) an Chefredakteur Michael Seidel (rechts), Mathias Thees von der Caritas Mecklenburg e.V. (Mitte) und den stellvertretenden Chefredakteur Max-Stefan Koslik.